

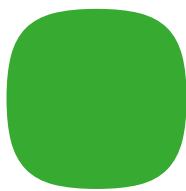
# WZB | Mitteilungen

Quartalsheft für Sozialforschung

1|26

März 2026

[wzb.eu](http://wzb.eu)



Männer

Machtverhältnisse

Ängste

Finanzen

Titelfoto:

Uns gefällt, dass der Mann auf unserem Cover kein Gesicht hat:  
Dieses Männerbild ist nicht festgelegt. Anders als bei vielen Analysen im  
Heft, die von ziemlich hartnäckigen Stereotypen berichten und davon,  
welche Wirkungen sie im sozialen Miteinander haben.

Eine Festlegung übrigens hat keiner der Texte gesprengt: Die Studien  
gehen von einer binären Aufteilung der Menschheit in Frauen und Männer  
aus. Zumindest in der quantitativen Forschung ist die Kategorie „divers“  
noch selten zu finden.

Foto: © plainpicture/Jasmin Sander, alle Rechte vorbehalten.

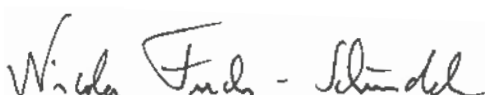
# Einfach unersetzlich



„Wann ist ein Mann ein Mann?“, fragte Herbert Grönemeyer in seinem Hit „Männer“. 42 Jahre ist das her, und mir scheint, die Frage ist heute noch genauso schwer zu beantworten. Mindestens. Die Beiträge in diesem Heft belegen, wie hartnäckig Bilder und Erwartungen sind. Sie erzählen aber auch von Veränderung.

Denn Geschlechternormen verschieben sich mit der Zeit, die Kategorie „Geschlecht“ als solche wird von vielen hinterfragt. Doch die Entwicklung ist langsam und sie geht nicht nur nach vorn. Die beruflichen und auch häuslichen Lebenswirklichkeiten von Männern und Frauen haben sich zwar über die letzten Jahrzehnte deutlich angeglichen, doch viele Unterschiede bleiben bestehen: Immer noch gibt es klassische „Männer-“ und „Frauenberufe“, und nur ein geringer Prozentsatz der Väter nimmt mehr als die zwei Monate Elternzeit in Anspruch, die sie ihren Frauen nun mal nicht abtreten können. Studien zeigen zudem ein Auseinanderdriften beim Wahlverhalten, nicht nur in Deutschland, sondern in Europa: Junge Männer wählen eher rechts, junge Frauen eher links, und diese Differenz wird größer. Die Forschung zu den Effekten von Normen, den Kosten des Normenbrechens und den Faktoren, die Normen verändern, ist ein sehr aktives Feld. Aber es bleiben viele Fragen und neue kommen hinzu.

„Außen hart und innen ganz weich – werden als Kind schon auf Mann geiecht“: Grönemeyers Suche nach der männlichen Identität trifft den Nerv auch unserer Zeit. Im gleichen Album übrigens (ikonisch und anachronistisch: „4630 Bochum“) veröffentlichte er auch das Lied „Amerika“. Dort heißt es: „Oh Amerika, Du hast viel für uns getan. Oh Amerika, oh tu uns das nicht an ...“ Auch ein Männerthema, unter anderem.

  
Nicola Fuchs-Schündeln  
Präsidentin

# Inhalt 1|26

März 2026

## Editorial

### 3 Einfach unersetzlich

*Nicola Fuchs-Schündeln*

## Titelthema

### 6 Was ist Demokratie – und wenn ja, wie viele?

Geschlechterunterschiede in der  
politischen Teilhabe

*Leon Gellrich und Vanessa Boese-Schlösser*

### 10 Politische Gewalt und lokales Engagement

Reagieren Männer anders  
auf Angriffe als Frauen?

*Jeyhun Alizade, Fabio Ellger, Marius Grünewald  
und Thomas Tichelbaecker*

### 15 Der Mechaniker und die Lehrerin

Wie sich die Berufsziele von Jungen  
und Mädchen auseinanderentwickeln

*Hans Gerhardt, Melinda Erdmann  
und Alexander Dicks*

### 19 Es bleibt dabei

Dass Männer mehr verdienen,  
liegt auch an den Arbeitgebern

*Anne Sophie Lassen*

### 23 Große Kinder, große Sorgen

Männer, Frauen und die Arbeitslosigkeit  
der nächsten Generation

*Lara Bister*

### 26 Doppelte Hürde

Wie Migrationshintergrund und Vorstrafe  
die Jobsuche blockieren

*Marcel Knobloch*

### 29 Hashtag Tradwives

Was der Hausfrauen-Hype im Internet  
über Männer aussagt

*Lena Hipp, Carolin Deufhard und Marcel Knobloch*

### 33 Männer, die auf Bildschirme starren

Die Rolle des Geschlechts bei  
Videokonferenzen

*Tae Kyeong Meixner-Yun*

### 36 Philipp, Lisa und das Klingelschild

Immer noch nehmen nur wenige Männer  
den Namen ihrer Frau an

*Lena Hipp*

### 39 Angst macht Politik

Das Gefühl der Bedrohung wirkt  
auf Männer anders als auf Frauen

*Bernhard Weßels*

## Aus dem WZB

### **43** Keine autonomen Autos aus Deutschland

Das Problem mit der Innovationskultur

*Ein Kommentar von Andreas Knie*

### **46** Personen

### **48** Veranstaltungen

### **50** Vorgestellt

### **52** Nachlese/Impressum

## Zu guter Letzt

### **54** „Mach du mal den Himmel“

Puzzeln als Team sport

*Stefanie Kalleske und Christine Puschmann*

# Das WZB

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten mehr als 400 Menschen, darunter etwa 200 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte
- Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



Wissenschaftszentrum Berlin  
für Sozialforschung

**Sie können die Print-Ausgabe der  
WZB-Mitteilungen kostenfrei abonnieren.  
Schreiben Sie eine E-Mail an:  
[presse@wzb.eu](mailto:presse@wzb.eu)**

# Was ist Demokratie – und wenn ja, wie viele?

## Geschlechterunterschiede in der politischen Teilhabe

---

Eine aktuelle Umfrage macht deutlich, dass sich politische Öffentlichkeit aus zahlreichen Perspektiven zusammensetzt. Auch zwischen Männern und Frauen gibt es hier Unterschiede: in der Sichtbarkeit, im Raum, den sie sich nehmen, aber auch in der jeweiligen Definition dessen, was Demokratie bedeutet.

*Leon Gellrich und Vanessa Boese-Schlösser*

**F**ragt man Menschen danach, wie bedeutsam Demokratie für sie persönlich ist, zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern. In einer repräsentativen Umfrage, in deren Rahmen wir im Jahr 2023 rund 3.400 Teilnehmende befragten, bewerteten Männer und Frauen die Relevanz der Demokratie quasi identisch: nämlich als sehr hoch. Auch auf die Frage, ob sie sich Sorgen um die Demokratie in Deutschland machen, antworteten alle Teilnehmenden mit einem hohen Maß an Sorge – hier lag der Wert bei Frauen allerdings durchschnittlich etwas höher. Vollständige Gleichgültigkeit gegenüber der Zukunft der Demokratie ist dabei die klare Ausnahme: Nur knapp drei Prozent der Befragten äußern keinerlei Sorgen. Auffällig ist jedoch, dass in dieser kleinen Gruppe etwa doppelt so viele Männer wie Frauen vertreten sind. Insgesamt zeigt sich damit ein breiter gesellschaftlicher Konsens: Eine überwältigende Mehrheit macht sich zumindest ein Stück weit Gedanken um den Zustand und die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Auf den ersten Blick herrscht Einigkeit.

Weniger eindeutig wird das Bild jedoch, sobald es um politische Aufmerksamkeit und Beteiligung geht. Männer geben deutlich häufiger an, sich für Politik zu interessieren, politische Nachrichten regelmäßig zu verfolgen und sich an politischen Diskussionen zu beteiligen. Während Frauen laut eigener Aussage politische Gespräche eher gelegentlich führen, beschreiben Männer dieses Engagement häufiger als regelmäßig. Besonders ausgeprägt ist der Unterschied beim allgemeinen politischen Interesse, hier geben Männer ein wesentlich höheres Niveau an. Dabei ist zu berücksichtigen, dass solche Unterschiede auch durch unterschiedliche Selbstwahrnehmungen oder Antworttendenzen entstehen können und nicht zwingend reale Unterschiede im politischen Interesse abbilden.

Politisches Interesse steht in engem Zusammenhang mit der Nutzung politischer Informationen und der Beteiligung an Diskussionen. Wer sich stärker für Politik interessiert, konsumiert häufiger Nachrichten und bringt sich eher in Gespräche ein. Politische Öffentlichkeit bildet daher nicht automatisch die formale



Politische Diskussionen finden unter Männern häufiger statt – zumindest laut eigenen Aussagen. Wahrscheinlich auch hier, beim ältesten Stammtisch Deutschlands im „Grünen Jäger“ in Osnabrück. Achtung: Das Bild stammt aus dem Jahr 2024.

Foto: © Aliona Kardash/laif, alle Rechte vorbehalten.

Gleichheit ab, die Demokratie ihren Bürgerinnen und Bürgern zuschreibt, sondern wird durch ungleiche Aufmerksamkeit, Sichtbarkeit und Beteiligung geformt und geprägt. Geschlechterunterschiede sind hier immer noch ein wichtiger Faktor. Allerdings existieren sie nicht isoliert, sondern hängen mit weiteren sozialen Faktoren wie Bildung, Einkommen, Alter, Zeitressourcen und ungleicher Verteilung von Care-Arbeit zusammen. Geschlecht wirkt also nicht allein, sondern im Zusammenspiel mit anderen Ungleichheiten, die politische Teilhabe strukturieren.

Diese Unterschiede zwischen den Geschlechtern treten auch im Blick auf politische Beteiligung und Repräsentation auf institutioneller Ebene zutage: Im aktuellen 21. Bundestag sind mehr als zwei Drittel der Abgeordneten Männer, ein Anteil, der sich in den letzten 25 Jahren nicht nennenswert verändert hat. Zwar ist das Parlament heute deutlich ausgewogener als in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, doch echte Parität wurde nie erreicht. Im Bundeskabinett ist ein ähnliches Muster zu erkennen: Die Geschlechterverteilung ist ausgeglichener

als im Parlament, dennoch stellen Männer weiterhin die Mehrheit.

Auch in der medialen Sichtbarkeit politischer Amtsträgerinnen und Amtsträger werden Unterschiede deutlich: Politische Öffentlichkeit wird nach wie vor stark über männliche Akteure vermittelt. Männer sind nicht nur häufiger Teil politischer Entscheidungsprozesse, sie prägen stärker das Bild von Politik, das in den Medien sichtbar wird. Anhand von Tagesschau-Transkripten aus der Zeit der Ampelregierung haben wir untersucht, wie häufig Mitglieder des Bundeskabinetts in den Hauptnachrichten um 20 Uhr namentlich erwähnt wurden. Das Ergebnis ist eindeutig: In den gut 1.000 Sendungen der Regierungszeit wurde im Durchschnitt in jeder Ausgabe mehr als ein männliches Kabinettsmitglied genannt. Weibliche Kabinettsmitglieder hingegen wurden deutlich seltener erwähnt, im Schnitt nicht einmal in jeder zweiten Sendung. Dass ein männlicher Bundeskanzler und zwei männliche Vizekanzler besonders häufig vorkommen, ist dabei wenig überraschend. Entscheidend ist jedoch der Gesamteindruck. Um zu prüfen, ob dieses



**Vanessa Boese-Schlosser** leitet die Forschungsgruppe WAVES of Regime Transformation am WZB. Zuvor arbeitete sie als Assistenzprofessorin an der Universität Göteborg sowie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.  
[vanessa.boese@wzb.eu](mailto:vanessa.boese@wzb.eu)

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Muster lediglich ein Effekt männlicher Kanzlerschaft ist, wurde ergänzend das vorherige Kabinett Merkel IV analysiert. Hier ist ein ähnliches Bild zu sehen: Trotz weiblicher Spitze wurde im Durchschnitt in jeder Sendung mindestens ein männliches Kabinettsmitglied erwähnt, während weibliche Mitglieder – inklusive der Kanzlerin – in nur knapp 70 Prozent der Ausgaben namentlich vorkamen.

So zeigt sich ein konsistentes Muster über verschiedene Ebenen hinweg: Demokratie wird von Frauen und Männern gleichermaßen geschätzt, doch Männer nehmen mehr Raum ein – in politischen Institutionen, in öffentlichen Debatten und in den Medien. Die Kategorie Geschlecht spielt also eine große Rolle, wenn Demokratie erklärt, sichtbar gemacht und verkörpert wird. Ungleiche Verteilung und Repräsentation prägen, oft unbemerkt, unser Bild davon, wer Politik macht und für wen sie gemacht wird.

Bislang ging es um Anteile und Gewichtungen, also quantitative Unterschiede. Gibt es aber auch qualitative Unterschiede? Zeigen Männer ein anderes Demokratieverständnis? Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, haben wir die Teilnehmenden in unserer Studie darum gebeten, in eigenen Worten zu beschreiben, was Demokratie für sie bedeutet.

Unsere Auswertung zeigt, dass Frauen und Männer ihr Demokratieverständnis inhaltlich

sehr ähnlich, aber mit leicht unterschiedlichen Akzenten beschreiben. Für beide Gruppen stehen an erster Stelle die Freiheit und die Grundrechte: Meinungsfreiheit, freie Presse und individuelle Selbstbestimmung werden am häufigsten genannt. Frauen betonen diese Dimension sogar minimal stärker als Männer. Auch demokratische Entscheidungsprozesse, etwa Wahlen, Mitbestimmung oder Beteiligung, spielen bei beiden Geschlechtern eine zentrale Rolle, wobei hierauf Männer etwas häufiger Bezug nehmen. Unterschiede in der Nennung von Rechtsstaatlichkeit, Stabilität oder der Abgrenzung zu autoritären Systemen fallen ebenfalls insgesamt gering aus: Diese Aspekte haben für beide Gruppen eine eher untergeordnete Rolle, wobei die explizite Abgrenzung zur Diktatur bei Frauen etwas häufiger zu sehen ist als bei Männern.

**„Meinungsfreiheit, freie Presse und individuelle Selbstbestimmung werden am häufigsten genannt“**

Deutlicher werden die Unterschiede in den Akzentsetzungen innerhalb der sozialen und legitimierenden Dimensionen der Demokratie. Frauen nennen wesentlich häufiger Aspekte von Gleichheit, Gerechtigkeit und Minderheitenschutz sowie das gesellschaftliche Miteinander, Zusammenhalt, Respekt und gegenseitige Rücksichtnahme. Demokratie erscheint hier stärker als ein soziales Versprechen. Männer hingegen verweisen etwas häufiger auf Volkssouveränität und formale Entscheidungsprinzipien, etwa Mehrheitsregeln oder den „Willen des Volkes“.

Insgesamt zeigen sich nicht grundlegend verschiedene Demokratieverständnisse. Es werden eher unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Demokratie wird von Frauen wie Männern gleichermaßen geschätzt, aber nicht vollständig auf die gleiche Weise verstanden. Von den meisten Befragten wird Demokratie weniger als sozial- oder sicherheitspolitisches Projekt, sondern primär als Freiheits- und Beteiligungskonzept verstanden. Aspekte wie Meinungsfreiheit, Wahlen und Mitbestimmung dominieren deutlich, während soziale Sicherheit oder Fragen von Stabilität und Ordnung eine vergleichsweise geringe Rolle spielen.

Dennoch unterscheiden sich die Akzente: Männer beziehen sich etwas häufiger auf Demokratie als System politischer Entscheidungsfindung und kollektiver Selbstbestimmung, während Frauen tendenziell stärker soziale und gleichheitsbezogene Dimensionen betonen. Diese unterschiedlichen Akzentsetzungen sind nicht folgenlos. Denn sie beeinflussen, welche Aspekte von Demokratie als besonders wichtig gelten und damit ebenso, welche Themen, Perspektiven und Akteure in der politischen Öffentlichkeit sichtbar werden; letztlich also, was als „politisch“ gilt.

Diese Erkenntnis ist wichtig. Denn Demokratie besteht eben nicht nur aus formalen Institutionen. Es geht auch um Fragen von Sichtbarkeit, Deutung und öffentlicher Erzählung. Welche Aspekte von Demokratie betont werden, hängt auch davon ab, wessen Perspektiven in politischen Debatten präsent sind. Wer häufiger spricht, wer öfter gezeigt wird und wessen Perspektive dominiert, prägt das allgemeine politische und demokratische Interesse und Verständnis. Wenn Demokratie dauerhaft tragfähig bleiben soll, muss sie nicht nur von allen getragen, sondern von unterschiedlichen Stimmen erklärt und sichtbar gemacht werden. Denn Demokratieverständnis, Partizipation und Repräsentation sind eng miteinander verknüpft. Wer sichtbar ist, gilt als kompetent; wer spricht, definiert, worüber gesprochen wird. Eine geschlechtergerechte Demokratie



**Leon Gellrich** ist studentische Hilfskraft in der Abteilung Transformationen der Demokratie und studiert im Master Psychologie mit dem Schwerpunkt Forschung an der Universität Potsdam. Zuvor unterstützte er verschiedene Forschungsprojekte im Bereich Data Science. [leon.gellrich@wzb.eu](mailto:leon.gellrich@wzb.eu)

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

entsteht nicht allein durch formale Gleichberechtigung, sondern auch durch aktive Verantwortung jener, die politische Räume historisch und strukturell dominieren. Insbesondere männliche Akteure stehen hier in der Pflicht, sich die eigene Überrepräsentanz klarzumachen, Raum abzugeben und politische Öffentlichkeit bewusst inklusiver mitzugestalten. Demokratie lebt nicht davon, dass einige wenige viel sprechen – sondern davon, dass viele gehört werden. ●

## Literatur

Boese-Schlösser, Vanessa/Klatt, Nikolina/Meißner, Daniel/Ngiam, Janice/Ziblatt, Daniel: How Survey Design Influences People's Understanding of Democracy. WZB Discussion Paper SP V 2025-504. Berlin: WZB 2025.

Boese-Schlösser, Vanessa/Meißner, Daniel/Ziblatt, Daniel: Voters' Orientations Towards Democracy: A New Conceptual Framework. WZB Discussion Paper SP V 2026-701. Berlin: WZB 2026.

Gellrich, Leon: Tagesschau Explorer Shiny-Webapplikation, 2026. Online: [https://leonkg.shinyapps.io/tagesschau\\_explorer/](https://leonkg.shinyapps.io/tagesschau_explorer/) (Stand 02.02.2026).

Weinrich, Sheyda: „Repräsentanz und Teilhabe von Frauen in der Politik“. In: Bundesstiftung Gleichstellung, 2026. Online: [www.bundesstiftung-gleichstellung.de/wissen/themenfelder/repraesentanz-und-teilhabe-von-frauen-in-der-politik/](http://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/wissen/themenfelder/repraesentanz-und-teilhabe-von-frauen-in-der-politik/) (Stand 12.03.2026).

# Politische Gewalt und lokales Engagement

## Reagieren Männer anders auf Angriffe als Frauen?

---

Immer häufiger wird die Grenze zwischen politischer Auseinandersetzung und Gewalt überschritten. Beleidigungen, Bedrohungen und tätliche Angriffe gegen Politikerinnen und Politiker nehmen in Deutschland deutlich zu. Besonders auf der lokalen Ebene, wo Politik nah am Menschen stattfindet, wird Engagement riskanter. Diese Entwicklung berührt den Kern der repräsentativen Demokratie. Denn: Wer ist unter diesen Bedingungen noch bereit, Verantwortung zu übernehmen? Und verringert sich womöglich der Frauenanteil in der Politik noch weiter?

*Jeyhun Alizade, Fabio Ellger, Marius Grünwald und Thomas Tichelbaecker*

**A**uch männliche Amtsträger sind mit Gewalt konfrontiert; man denke etwa an den 2019 von einem Neonazi ermordeten hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke oder an Matthias Ecke, der 2024 beim Anbringen von Wahlplakaten für die SPD in Dresden brutal überfallen und schwer verletzt wurde. Studien aus Großbritannien, Italien und Schweden zeigen aber, dass Politikerinnen häufiger von Gewalt betroffen sind. In Deutschland ist vor allem der Messerangriff auf Henriette Reker, die parteilose Oberbürgermeisterin von Köln, durch einen Rechtsextremen im Jahr 2015 in Erinnerung geblieben. Dieser Angriff steht exemplarisch für eine Vielzahl verbaler und körperlicher Übergriffe, denen Lokalpolitikerinnen hierzulande zunehmend ausgesetzt sind, oft fernab medialer Aufmerksamkeit.

Hat Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker spürbare Folgen für politisches Engagement

und für die Repräsentation von Männern und Frauen? Dies ist eine drängende Frage, da Frauen in den deutschen Kommunalparlamenten ohnehin deutlich unterrepräsentiert sind: Mit einem Frauenanteil von lediglich 28,5 Prozent in den lokalen Räten liegt Deutschland leicht unter dem EU-27-Schnitt (28,8 %). Im Vergleich zum Nachbarland Frankreich mit 42,4 Prozent etwa fällt es sogar weit zurück. Inwieweit verstärkt politische Gewalt dieses bereits bestehende Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen? Dieser Frage gingen wir in einer neu publizierten Studie nach. Im Mittelpunkt steht dabei die lokale Ebene. Hier tritt politische Gewalt besonders häufig auf; politische Beteiligung aber hängt gerade hier stark von freiwilligem Engagement ab.

Unsere Untersuchung verbindet zwei empirische Zugänge: Wir analysierten für mehr als 2.000 Gemeinden den Zusammenhang zwi-



Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker wurde 2015 bei einem politisch motivierten Attentat schwer verletzt – noch vor ihrem Amtsantritt. Für das Gruppenselbie posierte sie im März 2016. Foto: © Theodor Barth/laif, alle Rechte vorbehalten.

schen Angriffen auf Politikerinnen und Politiker und dem Anteil weiblicher Kandidaturen bei Kommunalwahlen. Diese Beobachtungsdaten ergänzten wir durch Umfrageexperimente, in denen wir Bürgerinnen und Bürger über die steigende Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker informierten und fragten, wie sich dies auf politische Ambitionen und die Bereitschaft zum Engagement auswirkt.

### „Wir analysierten für mehr als 2.000 Gemeinden den Zusammenhang zwischen politischer Gewalt und dem Anteil weiblicher Kandidaturen“

Ausgehend von bestehender Forschung formulierten wir Hypothesen darüber, wie politische Gewalt auf politische Ambitionen und Repräsentation wirken könnte. Wir gingen davon aus, dass ein gewalttätiges politisches Umfeld abschreckend wirkt und dazu führt, dass sich Menschen seltener um politische Ämter bemühen. Wir erwarteten auch, dass dieser abschreckende Effekt besonders bei Frauen ausgeprägt ist, da sie überproportional häufig von Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen betroffen sind. Politische Gewalt könnte also bestehende Geschlechterunterschiede in politischer Ambition verstärken und sich langfristig auch in der Zusammensetzung politischer Gremien niederschlagen.

Die Auswertung der Kandidierendenlisten bei Kommunalwahlen jedoch bietet eine Überraschung. Es zeigt sich nämlich kein systematischer Zusammenhang zwischen Angriffen auf Politikerinnen und Politiker und dem Anteil von Frauen auf den Wahllisten in den betroffenen Gemeinden. Weder eine höhere Anzahl noch die Schwere politisch motivierter Angriffe führen zu einem Rückgang weiblicher Kandidaturen. Selbst dort, wo es zu besonders gravierenden Übergriffen gekommen ist, lässt sich kein Rückzug von Frauen aus der lokalen Parteipolitik beobachten. Die Repräsentation von Frauen auf kommunaler Ebene erweist sich gegenüber einem zunehmend konflikthaften politischen Umfeld als erstaunlich stabil.

Ergänzend zur Analyse der Kandidierendenlisten untersuchten wir in einem zweiten Schritt, wie politische Gewalt auf individueller Ebene wahrgenommen wird und welche Folgen das für politische Ambitionen haben kann. In Online-Befragungen konfrontierten wir unterschiedliche Stichproben von Bürgerinnen und Bürgern mit Informationen über zunehmende Gewalt gegen kommunale Politikerinnen und Politiker. Eine zufällig ausgewählte Hälfte der Befragten erhielt ausschließlich allgemeine Informationen über Aufgaben und Bedeutung lokaler Politik, während die andere Hälfte zusätzlich über den Anstieg politisch motivierter Angriffe informiert wurde.

### „Selbst dort, wo es zu besonders gravierenden Übergriffen gekommen ist, lässt sich kein Rückzug von Frauen aus der lokalen Politik beobachten“

Anschließend erfassten wir verschiedene Dimensionen politischer Beteiligungsbereitschaft, darunter die Bereitschaft, selbst für ein kommunales Mandat zu kandidieren, und die allgemeine Bereitschaft zum politischen Engagement vor Ort. Ausgehend von unseren theoretischen Erwartungen analysierten wir die Ergebnisse getrennt für Frauen und Männer, um mögliche Unterschiede systematisch zu vergleichen. Da politisches Interesse eng mit der Wahrscheinlichkeit einer späteren Kandidatur verbunden ist, analysierten wir Personen mit hohem und niedrigem politischen Interesse separat.

Die Ergebnisse unserer Experimente mit politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern – also jener Gruppe, die am ehesten für eine Kandidatur infrage kommt – zeichnen ein differenziertes Bild. Auch hier ließ sich der Effekt nicht nachweisen, dass Informationen über zunehmende Gewalt Frauen stärker abschrecken würden. Weder die Bereitschaft zur Kandidatur noch das Interesse an weiterführenden Informationen zum Wahlprozess sanken bei den weiblichen Befragten signifikant.

Allerdings fanden wir einen Effekt, mit dem wir nicht gerechnet hatten: Bei Männern führte

in der Gruppe mit hohem politischen Interesse die Konfrontation mit Gewaltstatistiken dazu, dass ihre allgemeine Bereitschaft zum politischen Engagement sank. Dieser Effekt ist so deutlich, dass er die bestehende Gender-Lücke beim Engagement eher verringert: Männer ziehen sich zurück, während bei Frauen die Bereitschaft für politisches Engagement stabil bleibt.

### „Männer ziehen sich zurück, während bei Frauen die Bereitschaft für politisches Engagement stabil bleibt“

Dabei ist wichtig zu betonen, dass dies nicht an mangelnder Information lag: Die Befragten beider Geschlechter nahmen die Bedrohungslage ernst und gaben nach der Information über den Anstieg der politischen Gewalt eine deutlich höhere subjektive Risikowahrnehmung an. Ein besorgniserregender Befund zeigt sich jedoch bei Frauen mit geringem politischem Interesse. In dieser Gruppe deutet sich an, dass politische Gewalt tatsächlich abschreckend wirkt. Dies weist auf ein potenzielles „Pipeline-Problem“ hin: Gewalt könnte Frauen davon abhalten, sich überhaupt um ein Amt zu bewerben. Damit würde also die zweite Reihe fehlen, aus der neue Engagierte gewonnen werden könnten.

Doch warum reagieren, jedenfalls in unserer Umfrage, ausgerechnet politisch interessierte Männer sensibler auf die Bedrohung durch Gewalt als Frauen? Die Forschung legt nahe, dass hier zwei psychologische und soziologische Faktoren eine entscheidende Rolle spielen können. Erstens die instrumentelle Motivation: Männer entscheiden sich häufiger aufgrund einer strategischen Kosten-Nutzen-Abwägung für ein politisches Amt. Sie prüfen genau: Lohnt sich der Aufwand im Verhältnis zum Ertrag? Wenn das persönliche Risiko durch Gewalt und Anfeindungen steigt, verschlechtert sich diese Bilanz. Die Folge: Sie ziehen sich eher aus dem politischen Prozess zurück.

Zweitens zeigt sich die Widerstandsfähigkeit schon vor der Kandidatur: Da Frauen in der Politik noch immer mit Vorurteilen und größeren Hindernissen konfrontiert sind, findet schon

früh eine Auslese statt. Nur Frauen mit einer besonders hohen Resilienz entscheiden sich überhaupt für diesen Weg. Diese Gruppe ist bereits so abgehärtet, dass sie sich von steigender Gewalt weniger leicht abschrecken lässt als Männer, deren politischer Aufstieg oft reibungsärmer verlaufen ist.

Männer dominieren also weiterhin das Bild in der deutschen Kommunalpolitik. In den Stadt- und Gemeinderäten liegt der Frauenanteil bei unter 30 Prozent, in etwa neun von zehn deutschen Rathäusern regiert ein Mann. Die Befürchtung aber, dass die zunehmende psychische, verbale und physische Gewalt Frauen noch weiter aus der kommunalen Politik verdrängen könnte, wird durch unsere Ergebnisse nicht bestätigt.

### „Anfeindungen können bei Frauen als Katalysator für ein Engagement wirken, das auf Kooperation statt auf Konfrontation setzt“

Aktuelle Forschungsergebnisse lassen sogar vermuten, dass politische Bedrohungen bei Frauen eine Gegenreaktion auslösen können, dass sie also den Wunsch nach einer sachlichen politischen Kultur noch verstärken. Anstatt abzuschrecken, wirken Anfeindungen hier oft als Katalysator für ein Engagement, das gezielt auf Kooperation statt auf Konfrontation setzt.

Diese erstaunliche Resilienz der Frauen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Status quo bei der Geschlechtergerechtigkeit unbefriedigend ist. Eine lebendige Demokratie darf außerdem nicht zur Voraussetzung machen, dass ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten über eine außergewöhnliche Risikobereitschaft verfügen; politische Teilhabe muss für alle Bürgerinnen und Bürger ohne Angst möglich sein. Um dieses Ideal zu schützen, ist es unerlässlich, staatliche Strukturen und zivilgesellschaftliche Hilfsangebote weiter zu stärken. Betroffene Mandatsträger sollten daher gezielt Unterstützung in Anspruch nehmen, zum Beispiel von Initiativen wie „Stark im Amt“ der deutschen Lokalpolitikverbände und der Körber-Stiftung oder Beratungsleistungen von NGOs wie dem Verband der Beratungsstel-

len für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) und dem Bundesverband Mobile Beratung (BMB). Der Schutz unserer politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten ist keine reine Sicherheitsfrage. Er ist die Grundvoraussetzung für eine vielfältige und wehrhafte Demokratie. ●

**Jeyhun Alizade** *forscht zu Migration, Kriminalität, Extremismus und politischem Verhalten. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. [jeyhun.alizade@wzb.eu](mailto:jeyhun.alizade@wzb.eu)*

**Fabio Ellger** *ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Transformationen der Demokratie. Sein Interesse gilt der Vergleichenden Politikwissenschaft und dem politischen Verhalten in etablierten Demokratien. [fabio.ellger@wzb.eu](mailto:fabio.ellger@wzb.eu)*

## Literatur

Alizade, Jeyhun/Ellger, Fabio/Grünwald, Marius/Tichelbaecker, Thomas: „Does Political Violence Undermine Descriptive Representation? The Case of Women in Politics“. In: *European Journal of Political Research*, 2025, 64, S. 2106–2121. DOI: 10.1111/1475-6765.70017.

Collignon, Sofia/Campbell, Rosie/Rüdiger, Wolfgang: „The Gendered Harassment of Parliamentary Candidates in the UK“. In: *The Political Quarterly*, 2022, Jg. 93, H. 1, S. 32–38. DOI: 10.1111/1467-923X.13070.

Håkansson, Sandra „Do Women Pay a Higher Price for Power? Gender Bias in Political Violence in Sweden“. In: *The Journal of Politics*, 2021, Jg. 83, H. 2, S. 515–531.

**Marius Grünwald** *forscht am European University Institute im Department of Economics zu den Themen Finanzen und Gesellschaft sowie Ungleichheit, Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit. [marius.gruenewald@eui.eu](mailto:marius.gruenewald@eui.eu)*

**Thomas Tichelbaeckers** *Forschungsschwerpunkte sind unter anderem politische Polarisierung sowie die Zusammensetzung und Entstehung politischer Eliten. Er ist Postdoktorand im Projekt „Vermächtnisse demokratischer Transformationen“ an der TU Chemnitz. [thomas.tichelbaecker@phil.tu-chemnitz.de](mailto:thomas.tichelbaecker@phil.tu-chemnitz.de)*

Mahler Walther, Kathrin/Lukoschat, Helga: *Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. EAF Diversity in Leadership: Berlin 2020. Online: [www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2020\\_EAF\\_Berlin\\_Mahler-Walther\\_Studie\\_BuergermeisterInnen\\_Ost\\_West.pdf](http://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2020_EAF_Berlin_Mahler-Walther_Studie_BuergermeisterInnen_Ost_West.pdf). (Stand 18.02.2026).*

Pate, Jennifer/Fox, Richard: „Getting Past the Gender Gap in Political Ambition“. In: *Journal of Economic Behavior & Organization*, 2018, H. 156, S. 166–183. DOI: 10.1016/j.jebo.2018.10.002.

# Der Mechaniker und die Lehrerin

## Wie sich die Berufsziele von Jungen und Mädchen auseinanderentwickeln

---

Lange Zeit waren Männer im Berufsleben klar im Vorteil. Sie erreichten höhere Bildungsabschlüsse, bessere Positionen und erhielten höhere Löhne als Frauen. Doch das Bild hat sich gewandelt. Mädchen erreichen nicht nur bessere Schulabschlüsse als Jungen – auch ihre Berufsziele sind deutlich ambitionierter. Hans Gerhardt, Melinda Erdmann und Alexander Dicks forschen nach den Ursachen des Gender Aspiration Gap.

*Hans Gerhardt, Melinda Erdmann und Alexander Dicks*

In Schule, Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt verlieren Männer zunehmend ihren Vorsprung. Jungen gelten in vielen Diskussionen mittlerweile sogar als „Bildungsverlierer“. Sie haben schlechtere Noten als Mädchen, seltener ein Abitur und brechen ihr Studium häufiger ab. Für viele westliche Länder gilt außerdem, dass Jungen weniger ambitionierte Bildungs- und Berufsziele haben als Mädchen. Für die USA ist dieser „Gender Aspiration Gap“ seit den späten 1980er-Jahren gut dokumentiert, auch für Großbritannien liegen entsprechende Befunde vor. In unserer Studie wollten wir wissen, ob der Unterschied inzwischen auch in Deutschland zu beobachten ist und ob die Reformen im Bildungssystem oder Veränderungen des Berufsstatus der Eltern Ursachen für die geringeren Ambitionen der Jungen sein könnten.

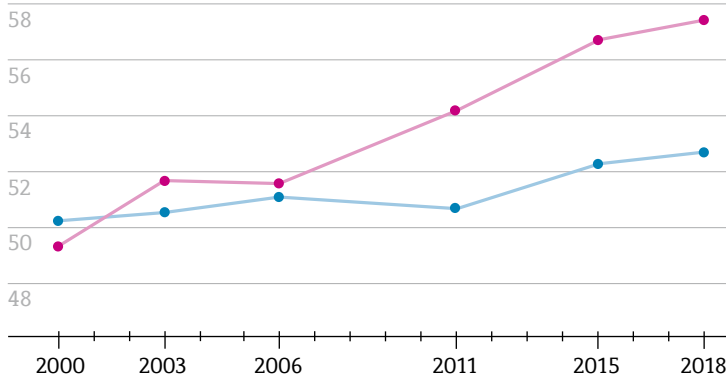
Daher analysierten wir die Entwicklung der Berufserwartungen von Schülerinnen und Schülern an Regelschulen in Deutschland in

der Zeit von 2000 bis 2018. Datengrundlage waren Daten der PISA-Studie und des Nationalen Bildungspanels (NEPS). In beiden Studien wurden Neuntklässler\*innen gefragt, in welchem Beruf sie später einmal erwarten zu arbeiten. Die Antworten wurden dann in den Internationalen Sozioökonomischen Index des beruflichen Status (ISEI) überführt. Der ISEI kombiniert das typische Bildungsniveau und das durchschnittliche Einkommen eines Berufs zu einem Statuswert zwischen 10 und 90. Zum Beispiel erreichen Ärzt\*innen etwa 85–90, Lehrer\*innen 60–70 und KfZ- oder Industriemaschinenmechaniker\*innen einen Statuswert von rund 35–40.

Zu Beginn der 2000er-Jahre lag der durchschnittliche Statuswert der angestrebten Berufe für beide Geschlechter bei ungefähr 50. Über den Beobachtungszeitraum stieg dieser bei beiden Geschlechtern an. Jedoch ist der Anstieg bei Jungen deutlich geringer und gegen Ende des Beobachtungszeitraums liegen sie deutlich

## Entwicklung des sozioökonomischen Status beruflicher Ziele von **Mädchen** und **Jungen**

Mittlerer Statuswert (ISEI) der erwarteten/angestrebten Berufe



Die angegebenen Zahlen sind geschätzte Durchschnittswerte, die mit einem statistischen Verfahren (lineare Regression) berechnet wurden. Dabei wurden methodische Unterschiede zwischen den PISA- und NEPS-Daten berücksichtigt. Als Datengrundlage dienten nationale PISA-Zusatzerhebungen aus den Jahren 2000, 2003, 2006, 2015 und 2018 sowie die NEPS-Startkohorten SC4 (Erhebungszeitpunkt 2011) und SC3 (Erhebungszeitpunkt 2015).

Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von PISA- und NEPS-Daten

hinter den Mädchen. Dies führte dazu, dass über die Zeit eine Lücke zu Gunsten der Mädchen entstand.

Auch die qualitative Auswertung zeigt, dass sich die Berufsvorstellungen der Jungen weniger verändert haben als die der Mädchen. Sie strebten weiterhin männertypische Ausbildungsberufe an wie Kraftfahrzeug- oder Industriemaschinenmechaniker. Mädchen hingegen hatten immer seltener frauentypische Ausbildungsberufe, wie zum Beispiel Kranken- oder Altenpflegerin, Verkäuferin oder Friseurin, als Ziel. Stattdessen strebten sie häufiger statushohe akademische Berufe in gemischtgeschlechtlichen Berufsfeldern an wie Lehrerin, Ärztin oder Anwältin.

Um zu verstehen, warum sich die Lücke zwischen Jungen und Mädchen vergrößert hat, haben wir drei mögliche Einflussfaktoren untersucht: Erstens könnten sich die Lebens- und Schulbedingungen von Jungen und Mädchen unterschiedlich verändert haben, etwa indem sich der Anteil der Jungen im niedrigsten Bildungszweig verändert hat. Zweitens könnten sich bestimmte Veränderungen im Familienumfeld für Jungen und Mädchen unterschiedlich auswirken, etwa wenn sich Statusgewinne der Mütter, also statushöhere Berufe, vor allem auf die Töchter auswirken. Drittens kann sich verändert haben, wie stark solche Faktoren

heute überhaupt noch wirken, zum Beispiel wenn der sozioökonomische Status der Mutter die Ambitionen von Töchtern weniger beeinflusst als früher. Mithilfe einer sogenannten Dekompositionsanalyse haben wir die Faktoren isoliert betrachtet. So können wir gezielt die Auswirkungen von Veränderungen der Gruppenzusammensetzung in einzelnen Merkmalen oder die Folgen von veränderten Einflussfaktoren auf die Berufserwartungen untersuchen.

Die erste mögliche Ursache für den geringeren Anstieg der beruflichen Ambitionen von Jungen könnte die fortschreitende Bildungsexpansion sein, von der Mädchen stärker profitiert hätten: Mädchen besuchen heute häufiger ein Gymnasium als Jungen und erzielen oft bessere Bildungsergebnisse. Diese Entwicklung ist jedoch eher ein Phänomen des 20. Jahrhunderts. Anfang der 2000er-Jahre waren Jungen in der Hauptschule deutlich überrepräsentiert. Seitdem haben Bildungsreformen mit dem Abbau der Hauptschulen und dem Ausbau integrierter Schulformen die Verteilung der Geschlechter wieder ein Stück weit angeglichen. Der Anstieg der Berufsziele von Mädchen ist daher nicht auf Veränderungen im Schulsystem zurückzuführen.

Eine zweite mögliche Ursache für die beobachteten Geschlechterunterschiede in der Entwicklung der Berufsziele könnte in Veränderungen der Elterngenerationen liegen. Aus der Forschung wissen wir, dass die gleiche-



**Hans Gerhardt** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen. In seinem Dissertationsprojekt untersucht er Veränderungen in den Berufswünschen Jugendlicher seit dem Jahr 2000. [hans.gerhardt@wzb.eu](mailto:hans.gerhardt@wzb.eu)

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.



**Melinda Erdmann** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB im Projekt „Zukunfts- und Berufspläne vor dem Abitur“ (ZuBAb) und forscht dort zu Bildungsungleichheiten.  
[melinda.erdmann@wzb.eu](mailto:melinda.erdmann@wzb.eu)

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

schlechtlichen Elternteile einen besonders starken Einfluss auf die Berufswahl haben. Töchter könnten daher in besonderem Maße von veränderten Erwerbsbiografien ihrer Mütter profitieren, die zunehmend in statushöheren Berufen arbeiten, während Söhne von diesem Trend weniger beeinflusst werden. Unsere Daten zeigen, dass der durchschnittliche sozioökonomische Status von Müttern tatsächlich leicht angestiegen ist, der von Vätern blieb weitgehend stabil. Der Einfluss des elterlichen Berufsstatus auf die Ambitionen der Kinder ist zudem klar positiv. Aber: Der sozioökonomische Status der Mütter wirkt bei Töchtern nicht systematisch stärker als bei Söhnen, sodass der Trend der Mütter keinen Einfluss auf Geschlechterunterschiede in der Entwicklung der Berufsziele hat.

**„Die Lücke zwischen den Berufszielen der Mädchen und Jungen öffnet sich, obwohl die bekannten Einflussfaktoren stabil sind“**

Als dritte mögliche Ursache haben wir untersucht, ob die Einflüsse des gleichgeschlechtlichen Elternteils weniger stark wirkten als in der Vergangenheit. Verlieren Mütter durch sich verändernde Geschlechternormen als Rollen-

vorbilder für Töchter an Relevanz? Da Mütter im Vergleich zu Vätern insgesamt weiterhin häufiger in Berufen mit niedrigerem Status arbeiten, würde es zum Anstieg der Berufserwartungen der Töchter beitragen, wenn sie als Rollenvorbilder an Einfluss verlieren. Doch auch diesen Erklärungsansatz mussten wir verwerfen, denn die Zusammenhänge zwischen Elternteilen und Kindern haben sich über die Zeit nicht so stark verändert, dass sie den wachsenden Vorsprung der Mädchen erklären könnten.

Unsere Analysen zeigen, dass der Trend der niedrigeren Berufsambitionen von Jungen, den wir bereits in anderen Ländern beobachtet haben, nun auch in Deutschland festzustellen ist. Jedoch bieten die von uns untersuchten institutionellen und familiären Faktoren keine Erklärung dafür: Weder Veränderungen in der Verteilung von Jungen und Mädchen im Bildungssystem noch geschlechterspezifische Auswirkungen des Statusgewinns von Müttern oder veränderte Einflussfaktoren des elterlichen Berufsstatus liefern eine Erklärung. Die Lücke zwischen den Berufszielen der Mädchen und Jungen öffnet sich, obwohl die bekannten Einflussfaktoren weitgehend stabil sind. Der wachsende Vorsprung der Mädchen ist in allen untersuchten Subgruppen sichtbar – unabhängig von Schulform, Bildungsniveau der Eltern und elterlichem Berufsstatus.

Worin also liegen die Ursachen für die stärker gestiegenen beruflichen Ambitionen von Mädchen? Eine alternative Erklärung könnte in



**Alexander Dicks** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen.  
[alexander.dicks@wzb.eu](mailto:alexander.dicks@wzb.eu)

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

veränderten gesellschaftlichen Normen liegen. Veränderte gleichstellungs- und bildungspolitische Rahmenbedingungen sowie ein Wandel kultureller Leitbilder haben die wahrgenommenen Handlungsspielräume von Mädchen erweitert. Zugleich sind dadurch die individuellen wie auch gesellschaftlichen Erwartungen an weibliche Erwerbsbiografien gestiegen. Angesichts höherer Erwartungen kommen dann Berufe wie Dienstleistungs- oder Verwaltungsbereiche im unteren bis mittleren Qualifikationsbereich, die früher typischerweise von Mädchen angestrebt wurden, aufgrund der niedrigen Entlohnung und des geringen Prestiges eher nicht mehr infrage.

In diesem Kontext lässt sich das Zurückbleiben der Jungen kaum als Zeichen sinkender individueller Fähigkeiten oder als direkte Folge asymmetrischer Erwartungen und Förderstrukturen deuten. Die Erwartungshaltung hinsichtlich der Erwerbsbiografie von Jungen hat sich weniger geändert. Zudem waren und sind die von Jungen angestrebten Ausbildungsberufe

mit einer wesentlich besseren Bezahlung verbunden – anders als bei „Frauenjobs“ mit vergleichbaren Bildungsanforderungen. In der weiterhin stark geschlechtlich segregierten Berufswelt gibt es für Männer mehr gut bezahlte Optionen im mittleren Bildungsniveau als für Frauen.

Dies bedeutet auch, dass der derzeit beobachtbare Nachteil der Jungen in Bezug auf ihre beruflichen Ambitionen nicht zwangsläufig in einen späteren Nachteil auf dem Arbeitsmarkt mündet. Erfahrungen aus anderen Ländern, in denen dieser Trend bereits seit mehreren Jahrzehnten sichtbar ist, zeigen vielmehr, dass trotz geringerer durchschnittlicher Bildungs- und Berufsambitionen von Jungen weiterhin ein Gender Pay Gap zu Ungunsten von Frauen besteht. Offenbar sind Jungen selbst bei niedrigeren Ambitionsniveaus erfolgreicher darin, ihre beruflichen Ziele auf dem Arbeitsmarkt umzusetzen, während Frauen trotz höherer Ambitionen auf strukturelle Nachteile stoßen. ●



Die Grafik und die Befunde aus diesem Artikel erklärt Hans Gerhardt auch in einem Video für das Online Dossier Bildung, das vom WZB und der Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam redaktionell verantwortet wird: <https://redaktion.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/576011/warum-sind-maedchen-beruflich-ambitionierter-als-jungen/>

© Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

# Es bleibt dabei

## Dass Männer mehr verdienen, liegt auch an den Arbeitgebern

---

Warum verdienen Menschen unterschiedlich viel? Die klassische Ökonomie kennt eindeutige Gründe: Beim Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt zählen Ausbildung und Erfahrung. Ein internationales Forschungsprojekt zeigt nun, dass diese Faktoren nicht ausreichen, um den Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen – den „Gender Wage Gap“ – zu erklären. Und es belegt, dass die Ungleichheit in Deutschland besonders groß ist.

*Anne Sophie Lassen*

**E**twa ein Drittel der Gehaltsunterschiede zwischen den Geschlechtern sind auf die Art und Weise zurückzuführen, wie Unternehmen Gehälter festsetzen. In einer groß angelegten Studie habe ich in einem Team internationaler Autor\*innen umfassende Belege für die gewichtige Rolle der Firmen gesammelt. Wir konnten Daten zu Einkommen und Arbeitszeiten aller Beschäftigten im privaten Sektor in zehn europäischen Ländern und im US-Bundesstaat Washington auswerten. Für Deutschland stammen die Daten vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) – und gerade diese lassen aufhorchen. Im internationalen Vergleich sticht Deutschland nämlich negativ hervor: Nirgends ist der Beitrag der Unternehmen zum Gender Wage Gap so hoch.

In Deutschland arbeiten besonders viele Männer bei Arbeitgebern, die ihren Angestellten mehr zahlen, als Fähigkeiten und Erfahrung erwarten ließen. 30 Prozent des Gender Wage Gap sind hier auf solche firmenspezifischen Mehrzahlungen zurückzuführen. Ähnlich hoch ist dieser Anteil nur in Ungarn oder den USA. In Deutschlands direkten Nachbarländern Nieder-

lande, Frankreich, Dänemark oder Schweden liegt der Beitrag der Firmen zum Gender Wage Gap unter 20 Prozent.

**„Vor allem arbeiten Frauen eher in Unternehmen, die allen Beschäftigten niedrigere Gehälter bieten“**

Die Studie arbeitet zwei Mechanismen heraus, die in allen Ländern zur Gehaltslücke beitragen: Erstens (und vor allem) arbeiten Frauen eher in Unternehmen, die allen Beschäftigten niedrigere Gehälter bieten. Zweitens kommt es aber auch vor, dass Frauen innerhalb ein und desselben Unternehmens weniger Geld für die gleiche Arbeit erhalten als ihre männlichen Kollegen.

Im Ländervergleich fallen mehrere Muster auf. Erstens sind die erfahrungsunabhängigen Gehaltsunterschiede in jenen Ländern besonders groß, wo der Gender Wage Gap generell groß

ist. Das zeigt, wie bedeutsam die Rolle der Unternehmen für das Gehaltsniveau eines Landes ist.

## „In Deutschland fallen Frauen im Laufe ihrer Karriere weiter zurück als in allen anderen untersuchten Ländern“

Zweitens unterscheiden sich Karrierewege im Laufe des Lebens. Männer wechseln häufiger zu besser bezahlten Unternehmen, während Frauen eher zurückbleiben. Das lässt sich deutlich erkennen, wenn wir die Einkommen von Männern und Frauen jeweils vor und nach der Familienphase vergleichen. Die naheliegende Erklärung ist, dass Frauen immer noch den weitaus größeren Teil der Kinderbetreuung übernehmen, was sie weniger flexibel und weniger verfügbar macht. Auch in dieser Hinsicht gibt Deutschland kein gutes Bild ab: Frauen fallen hier im Laufe ihrer Karriere weiter zurück als Frauen in allen anderen untersuchten Ländern. Sicher ist es kein Zufall, dass Deutschland zu den Ländern gehört, die am wenigsten für frühkindliche Bildung und Betreuung ausgeben.

Der dritte relevante Faktor ist die Teilzeitarbeit. In Deutschland arbeiten mehr als 30 Prozent der Frauen im privaten Sektor in Teilzeit – verglichen mit nur 7 Prozent der Männer. Sie arbeiten nicht nur häufiger in Teilzeit, sondern Frauen sind auch eher in Unternehmen beschäftigt, in denen Teilzeitarbeit üblich ist. Zudem zahlen solche Unternehmen in der Regel niedrigere Gehälter.

Viertens schließlich sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in hochproduktiven Unternehmen größer. In Unternehmen, die höhere Erträge einspielen, steigen die Auswirkungen der ungleichen Verteilung.

Was kann gegen die weiter bestehende Ungleichheit im Einkommen von Männern und Frauen getan werden? Sinnvollerweise sind familienpolitische Maßnahmen (wie zum Beispiel Elternzeit für Väter) durch Maßnahmen zu ergänzen, die sich auf Unternehmen konzentrieren, die etwa die Lohntransparenz fördern oder Gewerkschaften stärken.



**Anne Sophie Lassen** ist Postdoktorandin in der Forschungsgruppe Ungleichheit, soziale Mobilität und Wachstum am WZB. Ihre Forschung ist an der Schnittstelle von Familien- und Arbeitsökonomie angesiedelt, mit einem besonderen Schwerpunkt auf Geschlechternormen.

[anne.sophie.lassen@wzb.eu](mailto:anne.sophie.lassen@wzb.eu)

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

Familienpolitische Maßnahmen können eine gleichberechtigttere Aufteilung der familiären Pflichten fördern, indem sie Väter dazu ermutigen, mehr Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Öffentliche Kinderbetreuung kann ebenfalls die Belastungen für Frauen verringern.

## „Frauen in Deutschland gehen nach der Geburt eines Kindes etwa 40 Prozent seltener einer bezahlten Beschäftigung nach“

Im Durchschnitt gehen Frauen in Deutschland nach der Geburt eines Kindes etwa 40 Prozent seltener einer bezahlten Beschäftigung nach, und ihr Einkommen sinkt erheblich. Das Einkommen der Väter hingegen bleibt unberührt. Diese Zahl ist deutlich höher als in Frankreich (25 %), den Niederlanden (20 %) und allen skandinavischen Ländern (3 – 15 %). Dies zeigt, dass es erheblichen Spielraum gibt, das Einkommen deutscher Mütter zu steigern – was sowohl den Frauen als auch der deutschen Wirtschaft zugutekäme. Neben höheren Ausgaben für Kindergärten und einer stärkeren Beteiligung der Väter an der frühkindlichen Betreuung könnten Familien bei der Beantragung von Kinderbetreuung unterstützt werden. Ganz zu schwei-



Wer kommt weiter?  
Immer noch sind es meist die Jungs.  
Foto: © Anna Rasmussen Photographs/  
Cavan/laif, alle Rechte vorbehalten.

gen von der oft geforderten Abschaffung des Ehegattensplittings, das Negativanreize für Zweitverdiener schafft.

Maßnahmen zur Lohntransparenz können Gesetze zur Lohngleichheit und Antidiskriminierung ergänzen und das Bewusstsein für systematische Lohnunterschiede innerhalb von Unternehmen schärfen. Ab Juni 2026 müssen Arbeitgeber mit mehr als 250 Beschäftigten in Europa ihre Kriterien für die Festlegung der Gehälter und den beruflichen Aufstieg offenlegen. Wenn der Gender Wage Gap innerhalb

eines Unternehmens die 5-Prozent-Marke übersteigt, müssen Arbeitgeber Maßnahmen ergreifen. Unternehmen mit größeren Lohnunterschieden könnten beispielsweise mit Arbeitnehmervertretungen verhandeln. In kleineren Unternehmen könnten Betriebsräte Initiativen zur Verbesserung der Transparenz von Löhnen und Gehältern und zur Karriereförderung vorantreiben. Auch Gewerkschaften können zur Verringerung des Lohngefälles beitragen, da Tarifverträge den Spielraum für individuelle Lohnfestsetzung verringern. ●

## Literatur

Hermes, Henning/Krauß, Marina/Lergetporer, Philipp/Peter, Frauke/et al.: „Early Child Care, Maternal Labor Supply, and Gender Equality: A Randomized Controlled Trial“. In: CESifo Working Paper, 2022, Nr. 10178, CESifo Institute, München. Online: [www.ifo.de/en/cesifo/publications/2022/working-paper/early-child-care-maternal-labor-supply-and-gender-equality](http://www.ifo.de/en/cesifo/publications/2022/working-paper/early-child-care-maternal-labor-supply-and-gender-equality) (Stand 24.02.2026).

Kleven, Henrik/Landais, Camille/Leite Mariante, Gabriel: „The Child Penalty Atlas“. In: *The Review of Economic Studies*, 2025, Jg. 92, H. 5, S. 3174–3207. DOI: 10.1093/restud/rdae104.

OECD (Hg.): „Pay Transparency Tools to Close the Gender Wage Gap“. In: *Gender Equality at Work*, 2021. DOI: 10.1787/eba5b91d-en.

Palladino, Marco G./Bertheau, Antoine/Hijzen, Alexander/Kunze, Astrid/Barreto, Cesar/Gülümser, Dogan/Lachowska, Marta/Lassen, Anne Sophie/Lattanzio, Salvatore/Lochner, Benjamin/Lombardi, Stefano/Meeke, Jordy/Muraközy, Balázs/Nordström Skans, Oskar: „Firms and the Gender Wage Gap: A Comparison of Eleven Countries“. In: *Federal Reserve Bank of Chicago Working Paper*, 2025, Nr. 24. DOI: 10.21033/wp-2025-24.

# Große Kinder, große Sorgen

## Männer, Frauen und die Arbeitslosigkeit der nächsten Generation

---

Arbeitslosigkeit bedeutet für die meisten Menschen nicht nur Einkommenseinbußen und finanzielle Sorgen, sondern auch den Verlust einer Sinnhaftigkeit im Alltag. Gefühle von Kontrollverlust, Perspektivlosigkeit und emotionale Überlastung können eintreten; häufig kommt es zu einer echten Identitätskrise. Was oft wenig beachtet wird: Diese Erfahrungen sind nicht nur eine erhebliche Belastung für die Betroffenen selbst. Sie können auch auf ihr soziales Umfeld ausstrahlen, gerade auf Familienangehörige wie die eigenen Eltern.

*Lara Bister*

**N**och gibt es wenige Studien, die belegen, dass Eltern unter belastenden Lebensereignissen ihrer Kinder wie beispielsweise Scheidung oder Arbeitslosigkeit psychisch leiden. Die Auswirkungen sind nicht überall gleich – sie hängen stark von kulturellen Normen und Familientraditionen ab und können sich je nach Umständen ändern. In Ländern mit stärkerer Familienorientierung sind emotionale und finanzielle Erwartungen an Eltern oft größer. Auch wirtschaftliche Krisen wirken sich auf Bedürfnisse und Belastungen aus: Arbeitslosigkeit kann dann sowohl die emotionale Sorge verstärken als auch den Druck auf die Eltern, materiell zu helfen.

Soziologische, anthropologische und sozialpsychologische Forschungen zeigen geschlechtsspezifische Unterschiede in der Beziehung von Eltern zu ihren erwachsenen Kindern: Mütter sind tendenziell stärker für emotionale Nähe,

Fürsorge und den Beziehungsaufbau zuständig, Väter übernehmen häufiger die Rolle des Versorgers oder des pragmatischen Unterstüترز. Reagieren Mütter und Väter also unterschiedlich auf die Arbeitslosigkeit ihrer erwachsenen Kinder?

Antwort auf diese Frage liefert eine kürzlich erschienene Studie, in der ich gemeinsam mit Fanny Janssen und Tobias Vogt den Zusammenhang der Arbeitslosigkeit erwachsener Kinder mit der psychischen Gesundheit ihrer Eltern in 12 europäischen Ländern verglichen habe. Konkret ging es um Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, die Schweiz und Tschechien jeweils vor, während und nach der Wirtschaftskrise von 2008. Wir suchten nach depressiven Symptomen der Eltern und Veränderungen vor, während und nach der Krise. Wir wollten wissen, ob sich das

Bild zwischen verschiedenen Familienkulturen und Wohlfahrtsstaaten in Europa unterscheidet. Dazu haben wir Daten der SHARE-Studie („Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“) von 2004 bis 2015 analysiert. Die SHARE-Studie beinhaltet Informationen zum Erwerbsstatus erwachsener Kinder und zu verschiedenen Gesundheitsmerkmalen der Eltern, darunter auch zur psychischen Gesundheit. Diese wird mit der Euro-D-Skala gemessen – einem kurzen Fragebogen mit 12 typischen Symptomen von Depression, etwa gedrückte Stimmung, Schlafprobleme, Erschöpfung oder Interessenverlust. Die Euro-D-Skala wurde speziell für Menschen ab 50 Jahren in Europa entwickelt. Die Punkte für die einzelnen Symptome werden zu einem Wert zwischen 0 und 12 addiert, wobei höhere Werte auf mehr depressive Beschwerden hinweisen; ab einem bestimmten Schwellenwert besteht der Verdacht auf eine klinisch relevante Depression.

## „Mütter reagieren stärker mit depressiven Symptomen auf die Arbeitslosigkeit ihrer erwachsenen Kinder als Väter“

Die Ergebnisse zeigen: Mütter reagieren deutlich stärker mit depressiven Symptomen auf die Arbeitslosigkeit ihrer erwachsenen Kinder als Väter. In südeuropäischen Ländern, in denen die Familie traditionell eine größere Rolle spielt, ist die psychische Belastung der Mütter durch die Arbeitslosigkeit erwachsener Kinder noch stärker ausgeprägt, insbesondere seit dem Eintreten der Wirtschaftskrise.

Aber bedeutet dies nun, dass Väter sich weniger um ihre erwachsenen Kinder sorgen als Mütter? Es könnte sein, dass sich in den depressiven Symptomen die traditionell stärkere emotionale Verbindung von Müttern zu (auch bereits erwachsenen) Kindern bemerkbar macht: Wenn Mütter häufigeren und engeren Kontakt zu ihren Kindern haben und die Rolle als emotionale Stütze ausgeprägter wahrnehmen, tragen sie die Sorgen und Belastungen ihrer Kinder stärker mit. Die Stresssymptome würden dann zunehmen. In Zeiten großer wirtschaftlicher Not, zum Beispiel während Wirtschaftskrisen, kann der Leidensdruck der Kinder noch größer sein und sich stärker auf ihre



**Lara Bister** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit am WZB und am Einstein Center Population Diversity. In ihrer Forschung befasst sie sich mit dem Zusammenspiel von Familie und Gesundheit im Lebensverlauf. Ihre Dissertation zu Wirtschaftskrisen und Gesundheit im Familienkontext wurde mit dem Deutschen Studienpreis der Körber-Stiftung ausgezeichnet.  
[lara.bister@wzb.eu](mailto:lara.bister@wzb.eu)

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Mütter übertragen. Dabei fühlen Mütter nicht nur mit der Belastung der Kinder mit. Dazu können eigene Nöte kommen wie Enttäuschung, Scham oder das Gefühl, als Erziehende versagt zu haben. Schließlich gilt Arbeitslosigkeit häufig als Abweichung von erwarteten Lebensläufen.

## „Zur emotionalen Betroffenheit tritt die Erwartung praktischer Solidarität“

Außerdem verlangen Situationen finanzieller Not Familien höhere praktische Solidarität ab. Insbesondere in Ländern mit stärkeren familiären Bindungen können konkrete Erwartungen an elterliche Unterstützung entstehen: Eltern werden finanziell eingespannt oder müssen materielle Lücken füllen. Genau diese Kombination aus emotionaler Betroffenheit und praktischer Belastung kann erklären, warum sich die psychische Last vor allem bei Müttern und besonders in Kulturen zeigt, in denen die Familie eine starke Rolle spielt. Die Erwartungshaltung dürfte allerdings auch gegenüber Vätern entstehen – das konnten wir in unserer Studie jedoch nicht belegen.

Zu bedenken ist allerdings, dass die Tatsache, dass sich Depressionen bei Müttern stärker zeigen, nicht automatisch bedeutet, dass Väter sich weniger sorgen. Geschlechtsspezifische Muster können auch andere Gründe haben: Männer geben möglicherweise Belastungen seltener als depressive Symptome an als Frauen. Kulturelle Normen beeinflussen ebenfalls, wie über Symptome berichtet wird und wie bei psychischen Gesundheitsleiden Hilfe in Anspruch genommen wird. Frauen wenden sich häufiger an professionelle Stellen als Männer. Zudem reagieren Väter vielleicht eher mit praktischer Unterstützung auf die Notsituation ihrer Kinder als mit innerlichem Grübeln, wie Mütter dies tendenziell tun.

### „Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung entlasten nicht nur die Arbeitslosen selbst, sondern auch die ältere Generation“

Bei allen offenen Fragen – unsere Ergebnisse haben eine klare praktische Relevanz. Sie zeigen, dass die Arbeitslosigkeit erwachsener Kinder nicht nur sie selbst betrifft, sondern auch das psychische Wohlbefinden ihrer Eltern beeinträchtigt, und zwar vor allem das der Mütter. Daraus folgt: Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und eine verlässliche soziale Absicherung entlasten nicht nur die Arbeitslosen

selbst, sondern reduzieren auch die psychische Belastung in der Elterngeneration. Zudem sollten Angebote zur Unterstützung von Familien – wie Beratung, niedrigschwellige psychologische Hilfe, Selbsthilfegruppen – generationenübergreifende Belastungen berücksichtigen. Das gilt insbesondere in Regionen mit schwächerem Sozialschutz oder höheren Anforderungen an die informelle Unterstützung in Notsituationen innerhalb der Familie. Aufklärung über Normen, Rolle und Grenzen familiärer Unterstützung kann unrealistische Erwartungen mindern und dadurch entlastend wirken.

Wer wirtschaftliche Krisen und Arbeitslosigkeit bekämpft, schützt nicht nur Erwerbsfähige, sondern auch ihre Angehörigen. Das ist eine wichtige Perspektive für eine umfassende Gesundheitspolitik. Es bleiben Fragen nach den Mechanismen im Detail: Wie beeinflussen materielle oder finanzielle Unterstützungen der Eltern für ihre Kinder und daraus entstehende Sorgen um die eigene finanzielle Lage die Geschlechterunterschiede in der psychischen Belastung? Wie lange bestehen erhöhte psychische Belastungen? Kann man ihnen mit Prävention begegnen? Reagieren Väter mit Bewältigungsstrategien, die womöglich andere körperliche oder psychische Belastungen mit sich bringen? Und wie wirken sich die individuellen Bewältigungsstrategien der Eltern auf die Familiendynamik und auf die erwachsenen Kinder aus? Qualitative Studien und Datensätze mit Informationen von beiden Generationen könnten hier vertiefende Einsichten liefern. ●

#### Literatur

Bister, Lara/Janssen, Fanny/Vogt, Tobias: „Do Parents Suffer Too? Children’s Unemployment and Their Parents’ Mental Health in 12 European Countries“. In: European Sociological Review, 2025. DOI: 10.1093/esr/jcaf018.

# Doppelte Hürde

## Wie Migrationshintergrund und Vorstrafe die Jobsuche blockieren

---

Schon kleine Vorstrafen können Bewerbern langfristig die Berufsperspektiven verbauen. Mit einem türkischen Namen wird die Jobsuche noch schwieriger. Das zeigt Marcel Knobloch in einem Feldexperiment. Selbst ein geringfügiges Delikt kann langfristige Folgen haben – für die Bewerber und für die Gesellschaft.

*Marcel Knobloch*

**K**riminalität ist ein geschlechtsspezifisches Phänomen: Der Großteil der Straftaten wird von Männern begangen. Im Jahr 2024 wurden in Deutschland etwa 515.000 von Männern verübte Straftaten gemeldet – dagegen „nur“ 116.000 von Frauen. Noch deutlicher ist der Geschlechterunterschied bei den Freiheitsstrafen: Von rund 40.000 Strafgefangenen in Deutschland waren 2024 etwa 38.000 Männer, zeigen Daten des Statistischen Bundesamts.

Die hohe Zahl männlicher Straftäter wirft Fragen nach den sozialen Ursachen auf, aber auch nach den Folgen einer strafrechtlichen Verurteilung für Männer, insbesondere für ihre Berufslaufbahn. Zahlreiche Studien aus den USA und einigen europäischen Ländern belegen, dass Vorstrafen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erheblich beeinträchtigen. Das ist vor allem deshalb problematisch, weil Erwerbstätigkeit einer der wichtigsten Faktoren zur Prävention weiterer Straftaten ist.

Selbst einmalige geringfügige Vergehen haben langfristig negative Konsequenzen für die berufliche Laufbahn. Allerdings zeigt die bisherige internationale Forschung, dass sich Vorstrafen nicht auf alle gleich auswirken. Für die Untersuchung von Arbeitsmarktchancen im

Zusammenhang mit Kriminalität sind daher nicht nur die Vorstrafen selbst von Bedeutung, sondern auch weitere stigmatisierende Merkmale, wie etwa ein Migrationshintergrund. Dass Menschen mit Migrationshintergrund auf dem deutschen Arbeitsmarkt diskriminiert werden, wurde wiederholt nachgewiesen. Unklar ist jedoch, ob der potenzielle Effekt einer Vorstrafe noch verstärkt wird, wenn die Betroffenen einer ethnischen Minderheit angehören.

**„Verschickt wurden über 2.000 fiktive Bewerbungen für die Gebäudereinigung und die Sicherheitsbranche“**

Um diese Frage zu untersuchen, habe ich 2.134 Initiativbewerbungen von fiktiven, jungen männlichen Bewerbern an Unternehmen in der Gebäudereinigungs- und Sicherheitsbranche in Deutschland geschickt. Beide Branchen zeichnen sich durch einen hohen Anteil an Beschäftigten mit Migrationshintergrund sowie ausländischen Beschäftigten aus und gehören zum Niedriglohnsektor, in dem sich viele ehemalige Straftäter bewerben.

Die Bewerbungsprozesse in diesen Branchen sind oft weniger formal und offene Stellen nicht immer ausgeschrieben, sodass Initiativbewerbungen üblich sind. Die fiktiven Bewerber in meinem Feldexperiment erkundigten sich per E-Mail nach möglichen freien Stellen, die für sie in Frage kämen. Die E-Mail enthielt außerdem einen Großteil der Informationen, die in einem Lebenslauf einer formalen Bewerbung zu finden wären: Bewerber nannten ihr Alter, ihre Ausbildung und ihre bisherige Arbeitserfahrung. Die Bewerber hatten ein für die angefragten Stellen ansprechendes Profil und waren teils sogar überqualifiziert.

Die ethnische Zugehörigkeit der Bewerber wurde über ihre Namen signalisiert (deutsch oder türkisch, Vor- und Nachname). Um mögliche Verzerrungen durch Sprachkenntnisse oder Bildungsbiografien auszuschließen, wurde dargelegt, dass es sich auch bei den Bewerbern mit türkischem Namen um deutsche Staatsangehörige handelte, die in Deutschland geboren waren. Die Bewerber erwähnten in der E-Mail, dass sie kürzlich mit ihrer Partnerin in die eigene Heimatstadt zurückgezogen und nun auf der Suche nach einer neuen Stelle seien.

Vorbestrafte Bewerber gaben an, dass sie einige Jahre zuvor wegen eines Drogendelikts verurteilt worden waren, die Verurteilung jedoch in den kommenden Tagen aus ihrem polizeilichen Führungszeugnis gelöscht werde, sodass sie formal wieder ein einwandfreies Führungszeugnis vorweisen könnten. Gerade in der Sicherheitsbranche ist ein Führungszeugnis ohne Eintrag oft Voraussetzung für eine Anstellung – eine Voraussetzung, die die Bewerber formal erfüllten. Drogendelikte, also Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG), zählen zu den häufigsten Delikten in Deutschland, vor allem unter männlichen Straftätern. Zudem legen Drogendelikte verglichen mit anderen Verbrechen wie Diebstahl- oder Gewaltdelikten eine geringere Gewaltbereitschaft nahe, weswegen Arbeitgeber grundsätzlich eher bereit sein könnten, Bewerber mit Drogendelikten einzustellen.

Selbstverständlich sind Arbeitssuchende nicht verpflichtet, potenziellen Arbeitgebern eine Vorstrafe mitzuteilen. Jedoch signalisiert die freiwillige Angabe der Vorstrafe bereits beim Erstkontakt eine Form des Stigma-Managements: Studien belegen, dass Offenheit gegenüber potenziellen Arbeitgebern häufig einen



**Marcel Knobloch** ist Mitarbeiter der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. Seine Forschungsschwerpunkte sind Arbeitsmarktdiskriminierung und soziale Ungleichheit. [marcel.knobloch@wzb.eu](mailto:marcel.knobloch@wzb.eu)

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

positiven Eindruck hinterlässt, da sie eine Erklärung für mögliche Beschäftigungslücken liefert und das Risiko zukünftiger Konflikte reduziert.

Jede Rückmeldung, die Interesse am Bewerber signalisierte, wurde als positiv codiert. Diese Rückmeldungen äußerten sich vielfältig: Neben Einladungen zu einem Vorstellungsgespräch baten Arbeitgeber beispielsweise um einen telefonischen Rückruf, boten einen Probearbeitstag an oder signalisierten Interesse, indem sie ankündigten, sich bei einer passenden Stelle erneut zu melden. Absagen oder keine Antwort auf die Initiativbewerbungen wurden als negativ codiert.

**„Vorbestrafte Bewerber erhielten rund 8 Prozentpunkte weniger positive Antworten als Bewerber ohne Vorstrafen“**

Die Rückmeldungen auf die Bewerbungen zeigen eine deutliche Auswirkung von Kriminalität auf die Erfolgchancen bei der Jobsuche: Vorbestrafte Bewerber erhielten rund 8 Prozentpunkte weniger positive Antworten als Bewerber ohne Vorstrafen. Ein ähnliches Muster ist für Bewerber mit türkischem Namen erkennbar: Ihre Bewerbungen erhielten im Vergleich zu Bewerbungen mit deutschem Na-

men rund 8 Prozentpunkte weniger positive Rückmeldungen. Anders gesagt: Um die gleiche Anzahl positiver Antworten zu erhalten, müssten Bewerber mit türkischem Namen etwa 21 Prozent mehr Bewerbungen schreiben als Bewerber mit deutschem Namen.

Ein Bewerber mit türkischem Namen ohne Vorstrafe hatte ähnliche Chancen auf eine positive Rückmeldung wie ein vorbestrafter Bewerber mit deutschem Namen. Die wenigsten positiven Antworten erhielten Bewerber mit türkischem Namen und einer Vorstrafe. Dabei handelt es sich um einen additiven, nicht um einen multiplikativen Effekt: Die beiden Faktoren türkischer Name und Vorstrafe summierten ihre Nachteile, aber verstärkten sich nicht gegenseitig. Eine Vorstrafe bedeutete also etwa gleiche Nachteile für Bewerber mit deutschem Namen wie für Bewerber mit türkischem Namen, allerdings kam bei Letzteren noch die Diskriminierung aufgrund des Migrationshintergrundes hinzu.

**„In Branchen mit einem geringeren Anteil migrantischer Arbeitskräfte könnten Bewerbungen mit nicht-deutschem Namen noch stärker benachteiligt werden“**

Äußerst bemerkenswert ist, dass diese Effekte in Branchen auftraten, die ohnehin große Anteile an migrantischen Beschäftigten haben und zum Zeitpunkt der Studie unter erhebli-

chem Personalmangel litten. Der hier beobachtete Effekt von Ethnizität könnte dementsprechend sogar noch unter dem Durchschnitt des deutschen Arbeitsmarkts liegen. In der Sicherheitsbranche waren die Ergebnisse etwa noch ausgeprägter als in der Reinigungsbranche. In Branchen mit einem geringeren Anteil ausländischer oder migrantischer Arbeitskräfte könnten Bewerbungen mit nicht-deutschem Namen noch stärker benachteiligt werden, insbesondere wenn die Bewerber vorbestraft sind.

Die Bewerber in dieser Studie waren zudem für viele der angefragten Stellen überdurchschnittlich qualifiziert und konnten mehrere Jahre Arbeitserfahrung vorweisen. Dass sie dennoch messbare Nachteile durch die Vorstrafe erlitten, legt nahe, dass dieser Effekt bei gravierenderen Vorstrafen noch deutlicher ausfallen würde, insbesondere bei Haftstrafen.

Meine Untersuchung macht deutlich, dass Männer mit einer Vorstrafe auf dem Arbeitsmarkt substanzielle Hürden überwinden müssen. Für Angehörige einer ethnischen Minderheit kommt die Vorstrafe zur bestehenden Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt noch hinzu. Die Ergebnisse zeigen: Eine tiefergehende Reflexion über den gesellschaftlichen Umgang mit Vorstrafen und Haftstrafen und deren Stigmatisierung ist notwendig – vor allem mit Blick auf die weitreichenden sozialen und ökonomischen Konsequenzen wie Arbeitslosigkeit, erneute Straffälligkeit und soziale Exklusion. Dies führt wiederum zu Belastung und Kosten für die Gesellschaft. Entscheidend ist es daher, Wege zu schaffen, die vorbestraften Personen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern, damit ein einmaliges Vergehen keine langfristigen Folgen hat. ●

## Literatur

Knobloch, Marcel: „The Impact of Criminal Records and Ethnic-Sounding Names on Young Men’s Employment Chances in Germany. Field Experimental Evidence“. In: Monika Eigmüller/Stefanie Börner/Christine Barwick-Gross (Hg.): Labor Market Related Discrimination of Women and Migrants. Baden-Baden: Nomos 2025, S. 145-173. DOI: 10.5771/9783748949398-145.

Statistisches Bundesamt: Strafverfolgungsstatistik: Verurteilte. Online: <https://tinyurl.com/mubsn86s> (Stand 16.02.2026).

Statistisches Bundesamt: Strafvollzugsstatistik: Strafgefangene und Sicherheitsverwahrte. Online: <https://tinyurl.com/29ndcsdu> (Stand 16.02.2026).

# Hashtag Tradwives

## Was der Hausfrauen-Hype im Internet über Männer aussagt

---

Sie backen Brot, schmücken das Haus, versorgen die Kinder: Auf TikTok, Instagram und YouTube inszenieren sich junge Frauen in der traditionellen Rolle der sorgenden Ehefrau – und verkaufen diesen Lebensstil als bewusste und erfüllende Entscheidung. #tradwife wird millionenfach aufgerufen; Medien sprechen international von einer Rückkehr traditioneller Geschlechterrollen. Solche Deutungen sind eingängig, weil sie komplexe gesellschaftliche Entwicklungen auf einprägsame Bilder reduzieren. Aber ist der Trend mehr als ein aktuelles Online-Phänomen?

*Lena Hipp, Carolin Deuflhard und Marcel Knobloch*

Für Deutschland blicken empirische Untersuchungen zu „Tradwives“ bislang ausschließlich auf die Einstellungen von Frauen. Sie zeigen: Sehr traditionelle Einstellungen existieren nur bei einer Minderheit der Frauen zwischen 20 und 30 Jahren. Daten des familiendemografischen Panels FReDA zufolge vertreten fast zwei Drittel der jungen Frauen in Deutschland egalitäre Einstellungen, dem Tradwife-Ideal fühlt sich weniger als ein Fünftel nahe. Befunde für Großbritannien weisen in eine ähnliche Richtung.

Was aber ist mit den jungen Männern? Nach ihnen wurde bisher wenig gefragt. Wenn der Tradwife-Trend mehr ist als eine mediale Inszenierung, müsste sich das in den Einstellungen der Männer ebenfalls spiegeln. Schließlich geht es nicht nur um weibliche Lebensentwürfe – das Tradwife-Ideal transportiert auch spezifische Bilder von Männlichkeit. Dem Mann wird Autorität, aber auch die finanzielle Verantwortung für die Versorgung der Familie zugesprochen. Wer den rückwärtsgewandten

Trend wirklich verstehen will, darf also nicht nur fragen, was junge Frauen wollen, sondern auch, welche Geschlechterordnung junge Männer unterstützen.

Genau dieser Frage sind wir auf den Grund gegangen, indem wir Daten des International Social Survey Programme (ISSP) ausgewertet haben. Damit konnten wir untersuchen, wie sich die Rollenbilder junger Männer und Frauen entwickelt haben (die Altersspanne lag bei 18 bis 34 Jahren). Wir haben uns auf 30 Länder konzentriert, die sich zwischen 1988 und 2022 an mindestens zwei Erhebungswellen beteiligt haben.

Es zeigt sich: Es gibt große Unterschiede zwischen Ländern in den Zustimmungswerten zu einer traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung – ebenso wie beachtliche Veränderungen über die Zeit. Jedoch ist in nahezu allen Ländern der Anteil der Männer, die eher oder vollumfänglich der Meinung sind, dass Frauen ihre Erfüllung primär im häuslichen

Bereich finden und dass eine traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen angemessen ist, höher als der Anteil der Frauen. Wenn es derzeit also Hinweise auf traditionelle Geschlechterbilder gibt, dann sind diese eher bei jungen Männern

## „Traditionelle Geschlechterbilder sind eher bei jungen Männern als bei jungen Frauen zu finden“

als bei jungen Frauen zu finden. Die Rollenbilder wurden übrigens über die Zustimmung zu drei Aussagen ermittelt: (1) „Einen Beruf zu haben ist ja ganz schön, aber was die meisten Frauen wirklich wollen, sind ein Heim und Kinder.“ (2) „Hausfrau zu sein ist genauso erfüllend wie gegen Bezahlung zu arbeiten.“ (3) „Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen, die der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern.“

Besonders hohe Zustimmungswerte zur traditionellen Rollenverteilung finden sich in Indien, den Philippinen, Taiwan und Ungarn, während niedrige Werte vor allem in Skandinavien (zum Beispiel Schweden, Dänemark, Norwegen) sowie zunehmend in Westeuropa (zum Beispiel



**Carolin Deuflhard** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich historisch und vergleichend mit der Organisation von Erwerbsarbeit und Care-Arbeit aus Geschlechter- und sozialer Ungleichheitsspektive. [carolin.deuflhard@wzb.eu](mailto:carolin.deuflhard@wzb.eu)

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.



**Lena Hipp** leitet die Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit am WZB. An der Universität Potsdam ist sie Professorin für Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik. [lena.hipp@wzb.eu](mailto:lena.hipp@wzb.eu)

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Frankreich, Deutschland, Niederlande) zu beobachten sind.

Die Geschlechterunterschiede sind in einigen Ländern zudem deutlich stärker als in anderen: In Russland etwa sind sie aktuell besonders groß, weil junge Frauen sich im Gegensatz zu jungen Männern seit 2012 deutlich von traditionellen Rollenvorstellungen entfernt haben. Auch in Taiwan wurde der Liberalisierungsprozess stärker von jungen Frauen als von jungen Männern getragen. In den meisten anderen untersuchten Ländern sind die Geschlechterunterschiede hingegen klein oder unterscheiden sich kaum – Beispiele hierfür sind Norwegen oder Neuseeland.

Der Social-Media-Trend der Tradwives könnte den Eindruck erwecken, dass traditionelle Geschlechterrollen starke Zustimmung bekommen. Die Zahlen zeigen aber das Gegenteil: In nahezu allen Ländern ist die Zustimmung rückläufig, und das sowohl bei jungen Frauen als auch bei jungen Männern. Besonders ausgeprägt ist dieser Rückgang in vielen europäischen Ländern, etwa in Deutschland, Frankreich, Spanien und Österreich. In Slowenien und Polen sind traditionelle Geschlechterrollen ebenfalls besonders stark aufgebrochen, wohingegen junge Menschen in anderen osteuropäischen Ländern, wie Bulgarien oder Ungarn, relativ traditionell geblieben sind. In den Philippinen und Indien bleiben die Zustimmungswerte zu traditionellen Geschlechterrollen ebenfalls hoch und relativ stabil – oder steigen sogar leicht an.

Gleich gibt es Bœuf Stroganoff und frische Nudeln. Hannah Neeleman, TikTok-Star und neunfache Mutter, inszeniert das perfekte Hausfrauenleben auf der „Ballerina-Farm“.  
Foto: © Kim Raff/The New York Times/ Redux/laif, alle Rechte vorbehalten.





**Marcel Knobloch** ist Mitarbeiter der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. Seine Forschungsschwerpunkte sind Arbeitsmarktdiskriminierung und soziale Ungleichheit. [marcel.knobloch@wzb.eu](mailto:marcel.knobloch@wzb.eu)

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Trotz der hohen Sichtbarkeit traditioneller Weiblichkeitsentwürfe auf Plattformen wie TikTok oder Instagram lässt sich also empirisch keine breite Rückkehr zu traditionellen Geschlechterrollen nachweisen. Vielmehr deuten die Daten auf einen langfristigen Liberalisierungsprozess hin, auch unter jungen Männern. Selbst dort, wo Männer häufiger traditionelle Rollenbilder vertreten als Frauen, zeigt sich über die Zeit hinweg überwiegend ein langsamer Abbau dieser Bilder als eine Rückkehr zu traditionellen Idealen.

Unsere empirischen Befunde gehen demnach in die gleiche Richtung wie qualitative und dis-

## Literatur

Beaufils, Constance/Chung, Heejung/Yuan, Shiyu: „Tradwife: Between Myths and Realities“. In: King's College London (Hg.): King's Global Institute for Women's Leadership Report, 2025. Online: [www.kcl.ac.uk/giwl/assets/giwl-tradwife-report.pdf](http://www.kcl.ac.uk/giwl/assets/giwl-tradwife-report.pdf) (Stand 24.02.2026).

kursanalytische Arbeiten zum Tradwife-Trend. Das Phänomen wird dort weniger als Ausdruck eines weit verbreiteten Einstellungswandels interpretiert. Die starke Präsenz entsprechender Inhalte gilt eher als Ausdruck von Dynamiken sozialer Medien und kultureller Polarisierung, als dass er als Hinweis auf dominante Lebensentwürfe junger Generationen gelesen wird.

**„Der Tradwife-Trend kann eine medial verstärkte Gegenbewegung zu etablierten Gleichstellungsnormen sein“**

Der Eindruck einer Rückkehr zum Hausfrauenideal sagt also möglicherweise weniger über Einstellungen junger Frauen aus als über gesellschaftliche Verunsicherungen. Symbolisch aufgeladene Bilder sollen in dieser Situation Halt geben. Die erhöhte Sichtbarkeit bedeutet noch nicht, dass der Trend tatsächlich sozial weit verbreitet ist. Er kann auch schlicht eine medial verstärkte Gegenbewegung zu etablierten Gleichstellungsnormen sein. Der Trend muss weiter beobachtet werden. Denn die Aufmerksamkeit, die dem Phänomen der Tradwives zukommt, verdeckt leicht, dass Fortschritte in der Gleichstellung maßgeblich davon abhängen, wie sich männliche Rollenbilder verändern – oder eben nicht. ●

Diabaté, Sabine/Kleinschrot, Leonie: „Tradwives – mehr Hype als Realität? Überzeugungen junger Frauen zur weiblichen Rolle“. In: BiB.Aktuell, 2025, Nr. 8. Online: [https://www.bib.bund.de/Publikation/2025/pdf/Tradwives-mehr-Hype-als-Realitaet.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bib.bund.de/Publikation/2025/pdf/Tradwives-mehr-Hype-als-Realitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=1) (Stand 24.02.2026).

Stolzer, Rebecca L.: „The (Anti)Feminism of Tradwives“. In: Terrorism and Political Violence, 2025. DOI: 10.1080/09546553.2025.2463588.

© Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

# Männer, die auf Bildschirmen starren

## Die Rolle des Geschlechts bei Videokonferenzen

---

Aus dem Arbeitsalltag vieler sind virtuelle Meetings nicht mehr wegzudenken. Was passiert, wenn die direkte Begegnung entfällt? Kommen womöglich Geschlechterstereotype in Bewegung? Ein Experiment gibt wenig Anlass zu schnellem Optimismus.

*Tae Kyeong Meixner-Yun*

**M**enschen strukturieren den Umgang miteinander oft anhand sozialer Merkmale wie dem Geschlecht. An diese Merkmale knüpfen sich kulturelle Vorstellungen darüber, wie Einzelne beurteilt werden und welche Leistungen von ihnen erwartet werden. In vielen Gesellschaften werden beispielsweise Männer und Männlichkeit höher geschätzt und als kompetenter wahrgenommen als Frauen und Weiblichkeit. So etablieren Menschen eine implizite Hierarchie untereinander – und das umso mehr, wenn sie wissen, dass ihre Leistung mit der anderer in derselben Umgebung verglichen wird. Studien haben gezeigt, dass geschlechtsspezifische Vorurteile zu unfairen Bewertungen und ungleichen Ausgangsbedingungen in vielen Lebensbereichen führen, etwa in der Arbeitswelt oder im Bildungswesen.

**„Wenn Menschen nicht physisch anwesend sind, fehlen viele Signale aus der Körpersprache“**

Nun verlagert sich ein Großteil unseres sozialen Lebens mehr und mehr in den digitalen Be-

reich. Die Zunahme von ortsunabhängiger Arbeit und von Online-Formaten in der Bildung verändert erheblich die Art und Weise, wie Menschen miteinander umgehen. Besonders Videokonferenzen sind zu einem wichtigen Werkzeug geworden: Durch synchronisierte Audio- und Videokommunikation wird der persönliche Austausch nachgeahmt. Videokonferenzen verändern aber die Mechanismen der Interaktion. Wenn Menschen nicht physisch anwesend sind, fehlen viele nonverbale Signale, beispielsweise in der Körpersprache. Wegen der Einschränkungen in Kamerawinkel und Kameraposition haben die Einzelnen oft kein vollständiges Bild von ihren Gesprächspartnern. Wie verändert dies die Geschlechterdynamik? Bleiben die geschlechtsspezifischen Vorannahmen, die persönliche Begegnungen prägen, in Videokonferenzen bestehen? Oder treten sie in diesem Setting eher zurück?

Um diese Fragen zu beantworten, führte ich gemeinsam mit Klarita Gërxhani (Vrije Universiteit Amsterdam) und Arnout van der Rijt (European University Institute) ein Experiment durch. Wir wiesen die Teilnehmer\*innen nach dem Zufallsprinzip entweder einer Videokonferenz oder einer Laborsituation zu. Sie wurden gebeten, eine einfache Rechenaufgabe zu



*Tae Kyeong Meixner-Yun ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Migration und Integration, Digitale Soziologie, Sozialer Status und Soziale Netzwerke. taekyeong.meixneryun@wzb.eu*

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

lösen: Sie mussten in zwei Zahlenfeldern die jeweils höchste Zahl finden und addieren. Der Modus der Interaktion (live oder per Videokonferenz) war nicht der einzige Unterschied. Wir variierten auch, ob die Einzelnen damit rechnen mussten, dass ihre Ergebnisse verglichen wurden. Einer Gruppe wurde mitgeteilt, dass sie anhand ihrer Leistungen vor der Gruppe bewertet werden würden, was eine Wettbewerbssituation schuf. Die andere Gruppe erfuhr ihre Ergebnisse und Platzierungen individuell, also nicht im Wettbewerb mit anderen. So konnten wir testen, ob etwaige Unterschiede zwischen den Geschlechtern schlicht aus der sozialen Zuschreibung folgen oder durch den Wettbewerb ausgelöst werden.

**„Das Geschlecht bleibt auch in Videokonferenzen eine wichtige soziale Kategorie“**

Wir stellten fest, dass Männer im analogen Setting nur dann deutlich besser abschnitten als Frauen, wenn sie wussten, dass sie mit anderen verglichen werden wurden. Wurden die Ergebnisse und Ranglisten nicht veröffentlicht, gab es keinen geschlechtsspezifischen Unterschied in der Leistung. Dieses Muster kehrte sich bei den Videokonferenzen um. Hier schnitten Männer besser ab als Frauen, wenn ihre Ergebnisse und Ranglisten privat blieben. Dafür gab es kei-

nen geschlechtsspezifischen Leistungsunterschied, wenn sie wussten, dass sie mit anderen verglichen wurden. Offenbar brachte die verbreitete kulturelle Überzeugung, dass Männer kompetenter sind, die Männer dazu zu glauben, besser als andere zu sein. Dieses Selbstbewusstsein führte zu besseren Leistungen. Das Geschlecht bleibt also sowohl in persönlichen Treffen als auch in Videokonferenzen eine wichtige soziale Kategorie. Allerdings unterscheidet sich die Art und Weise, wie die Ungleichheit der Geschlechter entsteht. Bei persönlichen Treffen spielt ein wettbewerbsorientiertes Umfeld eine wichtige Rolle dabei, dass Vorurteile zum Tragen kommen, während in Videokonferenzen dafür offenbar das Geschlecht allein ausreicht.

**„Mehrere beschrieben die Erfahrung, als würden sie während des gesamten Treffens in einen Spiegel blicken“**

Um besser zu verstehen, warum sich die Muster in persönlichen Besprechungen und in Videokonferenzen unterscheiden, haben wir in einer zweiten Studie Personen befragt, die bei der Arbeit häufig Videokonferenzen nutzen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass in Videokonferenzen der Effekt des Wettbewerbs abgeschwächt wird, weil die physische Anwesenheit und damit umfassende visuelle Informationen fehlen. Allerdings gaben viele Frauen an, dass sie sich durch die gespiegelte Selbstwahrnehmung bei Videokonferenzen deutlich mehr ihrer selbst bewusst sind. Mehrere beschrieben die Erfahrung, als würden sie während des gesamten Treffens in einen Spiegel blicken. Gedanken über das Aussehen und die Wirkung auf andere nehmen so zu. Der ständige Abgleich mit Stereotypen führt zu Stress – und zu beeinträchtigter Leistung bei Frauen. Offensichtlich tragen Frauen höhere soziale Kosten für ihre Selbstdarstellung. Das Setting von Videokonferenzen beeinflusst Frauen daher unverhältnismäßig stark.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede, die wir sowohl bei persönlichen Treffen als auch bei Videokonferenzen beobachten, zeigen, wie prägend die Rolle des Geschlechts bei der Gestaltung sozialer Interaktionen weiterhin ist.

Da Videokonferenzen gerade im beruflichen Umfeld zunehmend als Ersatz für die persönliche Begegnung genutzt werden, lassen unsere Ergebnisse vermuten, dass geschlechtsbezogene Vorurteile bestehen bleiben und auch in Zukunft Unterschiede in der Leistung zur Folge haben werden. Unsere Studie unterstreicht aber ebenso die wesentliche Rolle von Unternehmen und Produktdesignern bei der Gestaltung dieser virtuellen Umgebungen. Bestimmte

Eigenschaften von Videokonferenzen, zum Beispiel die gespiegelte Darstellung der einzelnen Teilnehmenden, spielen offensichtlich eine entscheidende Rolle für die Kluft zwischen den Geschlechtern. Es ist also wichtig und folgenreich, sorgfältig zu überlegen, wie in virtuellen Umgebungen Vorurteile abgebaut werden können. Entscheidungen über das Design solcher Umgebungen können den Austausch gerechter und inklusiver machen. ●

## Literatur

Correll, Shelley J./Ridgeway, Cecilia L.: „Expectation States Theory“. In: John Delamater (Hg.): *Handbook of Social Psychology*, 2023, S. 29–51. Boston: Springer 2006. DOI: 10.1007/0-387-36921-X\_2.

Fauville, Géraldine/Luo, M./Queiroz, Anna C./Lee, A./et al.: „Video-Conferencing Usage Dynamics and Nonverbal Mechanisms Exacerbate Zoom Fatigue, Particularly for Women“. In: *Computers in Human Behavior Reports*, 2023, Jg. 10. DOI: 10.1016/j.chbr.2023.100271.

Gërxxhani, Klarita/Brandts, Jordi/Schram, Arthur: „Competition and Gender Inequality: A Comprehensive Analysis of Effects and Mechanisms“. In: *American Journal of Sociology*, 2023, Bd. 129, H. 3, S. 715–752. DOI: 10.1086/727822.

Meixner-Yun, Tae Kyeong/Gërxxhani, Klarita/van de Rijt, Arnout: „Does Gender Status Bias Carry Over from In-person to Virtual Interaction?“ In: *Computers in Human Behavior Reports*, 2025, H. 20. DOI: 10.1016/j.chbr.2025.100815.

Penner, Andrew M./Willer, Robb: „Men’s Overpersistence and the Gender Gap in Science and Mathematics“. In: *Socius*, 2019, H. 5. DOI: 10.1177/2378023118821836.

# Philipp, Lisa und das Klingelschild

## Immer noch nehmen nur wenige Männer den Namen ihrer Frau an

Kein Wunder, dass es kein Pendant zum „Mädchennamen“ gibt. 75 Prozent der Frauen nehmen in gemischtgeschlechtlichen Paaren den Namen ihres Mannes an – bei den Männern sind es gerade mal 5 Prozent. Wie kommt es zu diesem Ungleichgewicht? Warum ist der Namenswechsel für Männer offensichtlich uninteressant? Welche gesellschaftlichen Normen prägen das Bild?

*Lena Hipp*

**W**enn Paare heiraten, geht es um Liebe, Vertrauen, Zukunftspläne. Doch dieser scheinbar private Akt ist sozial hochgradig aufgeladen. In der Entscheidung, aus zwei Ichs ein Wir zu machen, verdichten sich nicht nur Vorstellungen von Familie und Zugehörigkeit, sondern auch gesellschaftliche Erwartungen darüber, wie Weiblichkeit und Männlichkeit vermeintlich richtig gelebt werden.

Wie prägend diese Erwartungen sind, zeigt ein Blick auf die Praxis der Namenswahl: Obwohl Männer in Deutschland seit 1976 den Nachnamen ihrer Ehefrauen annehmen dürfen, tun dies nach wie vor nur die allerwenigsten. Lediglich rund 5 Prozent der Männer ändern nach der Eheschließung ihren Namen und geben damit einen zentralen Teil ihrer sozialen Identität auf; sie ändern Klingelschilder und Visitenkarten. Bei den Frauen tun 75 Prozent bei der Heirat diesen Schritt.

Dass Paare immer noch überwiegend den Namen des Mannes als gemeinsamen Namen wählen, normalisiert diese Praxis – sie bleibt

selbstverständlich. In einer Studie, die ich gemeinsam mit Kristin Kelly durchgeführt habe, wollten wir die Wirkmächtigkeit dieser Norm messen. Zentral war die Frage, wie Abweichungen von der Norm, den männlichen Namen zu wählen, bewertet werden, und zwar im beruflichen und im familiären Kontext. Wird Männern, die den Namen ihrer Frau annehmen, weniger Karriereorientierung zugesprochen? Werden sie stattdessen als bessere Ehemänner gesehen? Und was passiert, wenn Frauen ihren Namen auch nach der Heirat weiterführen? Gelten sie dann als stärker karriereorientiert, dafür aber als weniger beziehungsorientiert?

**„Werden Männer, die den Namen ihrer Frau annehmen, als die besseren Ehemänner gesehen?“**

Im Rahmen einer bevölkerungsrepräsentativen Erhebung baten wir die Teilnehmer\*innen, die

Kurzbeschreibung eines Paares zu lesen, das kurz vor der Hochzeit steht – Lisa und Philipp, seit drei Jahren zusammenlebend, beide Anfang 30 und in Vollzeit erwerbstätig. Um die Beschreibung möglichst nachvollziehbar zu gestalten, variierte der Bildungshintergrund von Lisa und Philipp in Abhängigkeit vom Bildungsabschluss der Befragten: Wer selbst mindestens über ein Fachabitur verfügte, erhielt die Information, dass die beiden sich während ihres Studiums kennengelernt haben. Bei Befragten mit einem niedrigeren Bildungsabschluss lautete die entsprechende Formulierung „während der Ausbildung“. Per Zufallsprinzip ließen wir entweder Lisa beabsichtigen, nach der Hochzeit Philipps Nachnamen anzunehmen, oder Philipp planen, Lisas Nachnamen anzunehmen, oder beide ihre jeweiligen Nachnamen behalten und auf einen gemeinsamen Familiennamen verzichten. Die Befragten sollten angeben, für wie karriereorientiert und wie beziehungsorientiert sie die jeweils beschriebenen Personen hielten.

Es zeigen sich unterschiedliche Muster. Männer, die den Namen ihrer Partnerin annehmen, verlieren in puncto Erwerbsorientierung: Sie werden für weniger karriereorientiert gehalten als Männer, die ihren Namen behalten. Auf der sozialen Ebene gewinnen die von der Norm abweichenden Männer aber: Sie werden als besonders beziehungsorientiert wahrgenommen.

### „Frauen profitieren in keiner Hinsicht davon, ihren Namen zu behalten“

Frauen hingegen profitieren nicht davon, ihren Namen zu behalten: Ihre wahrgenommene Karriereorientierung bleibt unabhängig von der Namensentscheidung unverändert niedrig (sie übertrifft nicht einmal die der normabweichenden Männer). Gleichzeitig werden aber Frauen, die ihren Namen behalten, als weniger beziehungsorientiert eingeschätzt.

In der Summe ergibt sich also eine klare Asymmetrie: Männer, die von der Norm abweichen, schneiden beruflich schlechter ab, sie profitieren aber im privaten Kontext. Bei Frauen hingegen entstehen vor allem im Bereich der Familie Nachteile – ohne dass sich in beruflichen Zusammenhängen Zugewinne ergeben.



**Lena Hipp** leitet die Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit am WZB. An der Universität Potsdam ist sie Professorin für Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik. [lana.hipp@wzb.eu](mailto:lana.hipp@wzb.eu)  
Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Auf den ersten Blick könnte man diese Befunde so lesen: Männer haben es schwer, wenn sie egalitär handeln. Daher lassen sie es besser – und alles bleibt, wie es war. Wer seinen Namen ändert, riskiert den Eindruck, beruflich wenig ambitioniert zu sein. In einer Arbeitswelt, die Leistung und Verfügbarkeit hoch bewertet, ist dieses Risiko nicht trivial. Dass viele Männer sich dagegen entscheiden, ist also nicht bloß Ausdruck persönlicher Bequemlichkeit, sondern eine rationale Anpassung an bestehende Bewertungsmaßstäbe. Genau deshalb reicht es nicht, auf Appelle an den Mut Einzelner zu setzen. Geändert werden müssen die Bedingungen, unter denen Männer egalitär handeln können, ohne dafür bestraft zu werden.

### „Wenn ein Mann seinen Namen ändert, hat das Signalwirkung für andere Männer“

Auf den zweiten Blick ist aber auch eine alternative und etwas optimistischere Lesart unserer Befunde möglich: Erwartungen an Männer im privaten Bereich scheinen sich zu verschieben. Fürsorge, emotionale Nähe und Partnerschaftlichkeit werden heute auch bei Männern positiv wahrgenommen. Männer, die mit der Norm brechen und bei der Heirat den Namen ihrer Frau annehmen, werden als beziehungsorientierter wahrgenommen. Und das wiegt möglicherweise sogar schwerer als die Einbußen in der zugeschriebenen Karriereorientie-

rung. Zugleich hat die Entscheidung von Männern, den eigenen Nachnamen aufzugeben, in der Arbeitswelt eine besondere Wirkung. Wenn ein Mann seinen Namen ändert, stellt er damit auch öffentlich infrage, dass Männlichkeit zwangsläufig mit beruflicher Dominanz, Unabhängigkeit und symbolischer Vorrangstellung verbunden ist. Das hat Signalwirkung für andere Männer.

Am Beispiel der Namenswahl zeigt sich deutlich, wie langsam sich Normen und soziale Bewertungen entwickeln. Recht allein verändert nun einmal keine Normen. Aber es kann sie irritieren. Wenn neue Optionen sichtbar, praktikabel und gesellschaftlich legitim werden, verschiebt sich langsam auch das, was normal ist und als normal gilt. Die Reform des deutschen Namensrechts vom Mai 2025, die unter anderem Doppelnamen für beide Ehepartner erleichtert hat, ist deshalb mehr als eine juristische Feinjustierung. Sie sendet ein wichtiges Signal: Es gibt

nicht nur seinen oder ihren Namen, sondern gemeinsame, gleichberechtigte Lösungen.

**„Fortschritt kommt nicht nur durch Gesetze zustande, sondern auch durch alltägliche Entscheidungen“**

Entscheidend wird sein, ob diese Reform auch kulturell begleitet wird – in Verwaltungen, in Unternehmen, in öffentlichen Debatten und auch in unseren Bewertungen von Männern und Frauen, die sich nicht am althergebrachten Modell orientieren. Denn Fortschritt kommt nicht nur durch Gesetze oder Leitbilder zustande, sondern in alltäglichen, scheinbar kleinen Entscheidungen. Auch – und gerade – bei der Frage, wie wir heißen wollen. ●

#### Literatur

Kelley, Kristin/Hipp, Lena: „Are Gender Norm Violations Always Perceived Negatively? The Effects of Marital Name Choice on Perceived Work and Relationship Commitments“. In: *European Sociological Review*, 2025. DOI: 10.1093/esr/jcaf053.

Schweers, Paula: „Im Namen der Frau“. In: *ZEIT Wissen*, 2023, Nr. 05. Online: [www.zeit.de/zeit-wissen/2023/05/nachnamen-annahmen-hochzeit-beziehung-frauen](http://www.zeit.de/zeit-wissen/2023/05/nachnamen-annahmen-hochzeit-beziehung-frauen) (Stand 24.02.2026).

# Angst macht Politik

## Das Gefühl der Bedrohung wirkt auf Männer anders als auf Frauen

---

Sicherheit gehört zu den zentralen Bedingungen, die der moderne Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern zu bieten hat. Das gilt für die äußere Sicherheit, die soziale Sicherheit und nicht zuletzt für die innere Sicherheit. Doch gefühlte Bedrohung und reale Gefahren stimmen oft nicht überein. Ein neues Projekt setzt Kriminalstatistiken und subjektive Wahrnehmungen in Beziehung. Bei Männern zeigen sich dabei andere Muster als bei Frauen.

*Bernhard Weßels*

Das Thema der inneren Sicherheit ist in den letzten Jahren immer wieder in den Vordergrund gerückt, sei es durch politische Gewalttaten (zum Beispiel rechtsextrem oder islamistisch motivierte), durch Übergriffe und Angriffe auf Feuerwehr, Polizei und selbst die Straßenreinigung, durch Sexualverbrechen oder durch Alltagskriminalität wie Einbrüche, Raube und Diebstähle. Dazu gibt es objektive Daten der Kriminalitätsstatistik, aber auch subjektive Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung. Diese sind für die Politik mindestens so wichtig wie die durch die Kriminalstatistik belegte Problemlage. In den Wahlprogrammen aus dem Jahr 2025 finden sich Formulierungen wie „damit wir uns wieder sicherer fühlen“ (CDU), „sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen“ (SPD), „Vertrauen aller Bürger\*innen in die Fähigkeit des Staates, Sicherheit zu gewährleisten“ (Bündnis 90/Die Grünen) oder „Woher kommt das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger?“ (Die Linke).

Auch die Medien messen dem Thema Sicherheit große Bedeutung bei. Der ARD-Deutschland-Trend meldete im November 2025, jeder Zweite fühle sich im öffentlichen Raum unsicher. Im

Vergleich zu 2017 sei das Unsicherheitsgefühl stark gestiegen. Damals hätten sich drei Viertel aller Menschen im öffentlichen Raum – auf Straßen und Plätzen, in Parks und öffentlichen Verkehrsmitteln – sicher gefühlt, im November 2025 nur noch die Hälfte der Befragten.

Das hier vorgestellte Projekt widmet sich diesem subjektiven Aspekt innerer Sicherheit, weil sich Kriminalitätsfurcht auf das Alltagsverhalten und das Wahlverhalten von Menschen auswirkt. In einer Kooperation zwischen dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Sächsischen Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (SIPS) ist hierzu ein Sammelband entstanden. Die dort versammelten Analysen beruhen auf den Daten einer repräsentativen Umfrage mit mehr als 5.000 Befragten in Sachsen, die 2022 vom ifas Institut für angewandte Sozialwissenschaft durchgeführt wurde.

Die Gefühlslage, die sich in den Medien und in Wahlprogrammen ausdrückt, spiegelt die objektiv durch die Kriminalstatistik belegte Situation nicht eins zu eins wider. Die Kriminalitätsentwicklung insgesamt kann die größer

gewordene Verunsicherung kaum erklären – die Zunahme von Gewalttaten und die noch stärkere Zunahme von Sexualdelikten in den letzten Jahren können schon eher eine Erklärung sein.

Kriminalitätsfurcht entsteht häufig durch die individuelle Einschätzung des Risikos, Opfer zu werden; diese Einschätzung entspricht nicht notwendigerweise dem tatsächlichen Risiko. So zeigen Frauen deutlich stärker eine generelle Kriminalitätsfurcht als Männer, obwohl sie von den meisten Delikten seltener betroffen sind. Tatsächlich waren 2023 nach der Kriminalstatistik von Sachsen nur knapp 40 Prozent der Opfer weiblich. Männer dagegen werden statistisch häufiger Opfer von Kriminalität, haben aber seltener Angst davor.

### „Nur die Furcht vor Einbruchsdelikten ist bei Männern und Frauen gleich groß“

Es gilt hier also zu differenzieren. Werden die Menschen nach den spezifischen Bedrohungsszenarien befragt, zeigen sich fast überall Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die einzige Ausnahme ist die Furcht vor Einbruchsdelikten: Sie ist bei Männern und Frauen gleich und deckt sich auch mit den realen Einbruchszahlen.

Männer fürchten sich bei Dunkelheit deutlich weniger als Frauen und sie haben weniger Furcht vor einem Überfall. Frauen dagegen fürchten sich vor Dunkelheit und Überfällen, weil sie sexualisierte Gewalt als omnipräsente Bedrohung wahrnehmen. Daher nehmen sie die Umwelt generell als gefährlicher wahr. Diese Erkenntnis ist wichtig, weil sie weitreichende Konsequenzen hat: Würde sexualisierte Gewalt effektiv bekämpft, würde dies nicht nur die darauf bezogene Angst von Frauen mindern, sondern auch ihr allgemeines Bedrohungsgefühl.

### „Acht Mal mehr Frauen als Männer berichten von sexueller Belästigung oder Vergewaltigung“

Dass die Furcht vor sexualisierter Gewalt bei Frauen einen generalisierenden Effekt hat,



**Bernhard Weßels** ist Fellow am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er arbeitete lange Jahre in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am WZB, zuletzt als kommissarischer Direktor. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Demokratie, Wahlforschung und Interessenvermittlung und politische Repräsentation. [bernhard.wessels@wzb.eu](mailto:bernhard.wessels@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

liegt auch an der eigenen Opfererfahrung: Der Anteil der Frauen, die von sexueller Belästigung oder Vergewaltigung berichten, ist knapp acht Mal höher als bei Männern; 2023 waren laut Landeskriminalamt Sachsen 95 Prozent aller Opfer von Sexualdelikten weiblich.

Anders ist die Situation bei Körperverletzungen mit und ohne Waffe: Hier ist die Opfererfahrung bei Männern mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen. Interessanterweise hat das jedoch kaum Auswirkungen auf die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in der Angst vor Gewalt: Diese Unterschiede sind marginal.

### „Männer machen zu etwa zehn Prozent seltener Umwege aus Furcht vor Gewalt“

Was sind die Konsequenzen von Kriminalitätsfurcht für das Verhalten im Alltag? Angesichts der bei Frauen stärkeren Wahrnehmung einer Bedrohungslage ist zu erwarten, dass bei ihnen auch die Konsequenzen stärker ausfallen. Eine der Kriminalitätsfurcht häufig folgende Konsequenz ist das Vermeidungsverhalten: Orte und Situationen, die mit einem bestimmten Risikoempfinden verbunden sind, werden gemieden. Aufgrund der Angst vor sexuellen Übergriffen



Durch diesen Wald würden nicht alle joggen; vor allem nicht alle Frauen.  
Foto: © Michael Hanson/Cavan  
Images/laif, alle Rechte vorbehalten.

vermeiden es Frauen, allein in der Dunkelheit unterwegs zu sein, sie weichen bedrohlich wirkenden Personen aus, meiden bestimmte Orte und nehmen Umwege in Kauf. Auch Männer zeigen Vermeidungsverhalten, aber bei Dunkelheit zu etwa 25 Prozent seltener, Umwege nehmen sie zu etwa 10 Prozent seltener in Kauf.

Die Umsetzung von Furcht in Vermeidungsverhalten ist also delikt- und damit geschlechtsspezifisch. Furcht vor (nichtsexualisierter) Gewalt ist bei Frauen und Männern fast gleich ausgeprägt, hat aber bei Männern einen sehr viel stärkeren Effekt auf das Vermeidungsverhalten als bei Frauen. Die Angst vor (nichtsexualisierter) Gewalt erhöht das Vermeidungsverhalten bei Männern fast doppelt so stark wie bei Frauen. Umgekehrt erhöht die Angst vor sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt das Vermeidungsverhalten von Frauen doppelt so stark wie bei Männern.

### „Sicherheitsempfinden wirkt sich auch auf das politische Verhalten, besonders das Wahlverhalten, aus“

Aber es ist nicht nur das Alltagsverhalten, das durch Kriminalitätsfurcht beeinflusst wird. Da nicht nur die Parteien, sondern auch Bürgerinnen und Bürger die innere Sicherheit als Verantwortung der Politik sehen, ist zu erwarten, dass sich ihr Sicherheitsempfinden auch auf das politische Verhalten auswirkt, insbesondere auf das Wahlverhalten. Ein starker Indikator

#### Literatur

Melcher, Reinhold/Meißelbach, Christoph/Weßels, Bernhard (Hg.): Subjektive Sicherheit und politische Kultur. Erkenntnisse aus Sachsen. Wiesbaden: Springer VS 2026. DOI: 10.1007/978-3-658-49448-3.

dafür ist, dass mehr als die Hälfte der im November 2025 von infratest dimap für die ARD Befragten der Ansicht waren, dass die AfD besser als andere Parteien verstanden habe, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlten.

Allerdings sind die Effekte auch hier bei Männern anders als bei Frauen. So hat zum Beispiel die wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung bei Männern keinen Einfluss auf eine Präferenz für die AfD, wohl aber bei Frauen. Der bei Männern ausbleibende Effekt mag mit darauf zurückzuführen sein, dass die AfD bei Männern ohnehin die relative Mehrheit aller Parteien hat: Bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen entschieden sich fast 37 Prozent der Männer für die AfD, Frauen lediglich zu 24,8 Prozent. Angesichts des ohnehin hohen Stimmenanteils hat die Kriminalitätsfurcht bei Männern daher nicht zu einer Steigerung geführt. Bei Frauen steigt aber die Bereitschaft, die AfD zu wählen, mit der Wahrnehmung einer ansteigenden Kriminalität an – die Wahrscheinlichkeit, dass sie die AfD wählen, kann dadurch gleich hoch werden wie bei Männern.

Die Folgen der Angst vor Kriminalität unterscheiden sich also bei Männern und Frauen, sowohl im alltäglichen Vermeidungsverhalten als auch im politischen Verhalten. Männer haben weniger Kriminalitätsfurcht und es gibt bei ihnen keine politischen Verhaltenseffekte – anders bei den befragten Frauen. Umgekehrt sind die Effekte von Kriminalitätsfurcht auf das Vermeidungsverhalten von Risiken bei Männern stärker als bei Frauen. Anders gesagt: Männer fürchten sich weniger, aber wenn sie sich fürchten, sind die Konsequenzen für ihr alltägliches Verhalten stärker als bei Frauen. ●

# Keine autonomen Autos aus Deutschland

## Das Problem mit der Innovationskultur

---

Wenn wir weiter Fahrzeuge bauen wollen, die die meiste Zeit herumstehen, uns ansonsten die Luft zum Atmen nehmen und die gelenkt werden müssen von Menschen, die immer älter werden – dann brauchen wir keine autonomen Autos. Wenn wir aber beweglich bleiben wollen und die Ressourcen der Erde nicht weiter plündern, dann brauchen wir etwas Neues. Mit diesem Neuen und was ihm im Wege steht, hat sich die Forschungsgruppe Digitale Mobilität fünf Jahre lang beschäftigt. Zum Ende der Gruppe kommt ihr Leiter Andreas Knie zu einem so ernüchternden wie kritischen Fazit.

*Ein Kommentar von Andreas Knie*

Überall auf der Welt wird über selbstfahrende Autos gesprochen. Sie sollen und können eine neue Qualität von Beweglichkeit für Stadt und Land bringen und am Ende sogar das private Auto überflüssig machen. Über digitale Kommunikationsplattformen können solche Autos mit anderen Verkehrsmitteln vernetzt werden und als Dienstleistung für alle funktionieren. Waymo, Uber, Tesla, Pony.ai, Baidu, Bolt – diese Unternehmen, die es vor 20 Jahren noch nicht gab, machen es bereits vor.

Doch keines dieser Unternehmen kommt aus Deutschland oder Europa. In Deutschland wird ganz auf das Bestehende gesetzt. Das von der Bundesregierung vehement geforderte Aus vom Verbrenner-Aus ist nichts anderes als der Versuch, am Status quo festzuhalten, damit Gewinne erhalten bleiben und Beschäftigung gesichert wird. Bestandspflege eben. Weil wir etwas zu verlieren haben und uns die Angst vor

dem Abstieg peinigt. Wer aber glaubt, etwas zu verlieren, der hat schon verloren. Die Zukunftsmärkte, die auch noch übermorgen Geschäfte versprechen, haben eindeutige Signale gesendet und das batterieelektrische, selbstfahrende und vernetzte Fahrzeug als Zukunftstechnologie bestimmt. Mit Diesel- und Ottomotoren kann die deutsche Autoindustrie bald nur noch Nischen im Weltmarkt bedienen. Deutsche Hersteller wirken wie aus der Zeit gefallen.

Offensichtlich stimmt etwas nicht mit unserer Innovationskultur. Vermeintliche Garanten für den Fortschritt wie die Wissenschaft und politische Konstruktionen wie die Daseinsvorsorge entpuppen sich als blockierende Instanzen. Man sollte glauben, dass im Land der Dichter und Denker, das über eine ausdifferenzierte Wissenschafts- und Forschungslandschaft verfügt, die Produkte und Dienstleistungen von übermorgen längst schon entdeckt sind und für den Weltmarkt parat stehen.

Aber genau hier liegt das Problem. Es sind nicht nur die Automobilkonzerne, die sich in der Bestandswahrung gegenseitig übertreffen, sondern ebenso die vermeintlich nach vorne schauenden Wissenschaften. Die akademische Forschungslandschaft wird im Geflecht öffentlicher Förderprogramme mehr und mehr zum Standortnachteil, jedenfalls im Feld der Mobilität. Zentrales Prinzip wissenschaftlichen Arbeitens ist hierzulande die epistemische Geschlossenheit. Sie wird dadurch hergestellt, dass die Wissenschaft selbst über die Qualität akademischer Leistungen entscheidet. Sie verfügt über das absolute Bewertungsmonopol. Das zentrale Instrument ist die ausschließliche Entscheidung der Fachkollegen darüber, was gut und was nicht gut ist – das Peer-Review-Verfahren. Alles wird auf diesem Weg entschieden: Karriere, Veröffentlichungen, Stipendien, Fördermittel.

## „Unter dem herrschenden Wissenschaftsregime fehlt die Anerkennung für Unkonventionelles“

Ausschließlich den Fachkollegen und -kolleginnen die Validierung zu überlassen, reicht aber nicht aus. Denn Wissenschaft ist nur ein kleiner Teil der Wertschöpfungskette des Wissens. Um etwas Neues zu entdecken, braucht es neues Wissen, es braucht Wagemut und Grenzüberschreitung. Dummerweise fehlt dem deutschen Wissenschafts- und Innovationssystem – jedenfalls im Bereich Mobilität – die Fähigkeit, neue und anwendungsfähige Erkenntnisse zu erzeugen. Das Peer-Review-Verfahren kann ja nur im Rahmen des Bestandes prüfen und urteilen. Neues Wissen entsteht sicherlich auch in wissenschaftlichen Kontexten, es wird unter der Hegemonie des Peer Review aber immer auf Anschlüsse zum Bestehenden gezwungen. Unter dem herrschenden Wissenschaftsregime fehlt die Anerkennung für Unkonventionelles. Grenzerfahrungen im Trial-and-Error-Verfahren sind in aller Regel nicht zugelassen, weil dies im wissenschaftlichen Bewertungssystem keine Resonanz findet. Peer Review ist daher im Ergebnis bestandssichernd und risikoscheu. Nötig ist aber eine Forschung, die nicht im Rahmen der epistemischen Geschlossenheit operiert. Sie entsteht nur außerhalb der herrschenden Bewertungslogik durch undiszipliniertes, regelüberschreitendes Tun.



**Andreas Knie** leitete bis Ende 2025 die Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung am WZB. Er ist Professor für Soziologie an der Technischen Universität Berlin und Chief Scientific Officer der Choice GmbH. [andreas.knie@wzb.eu](mailto:andreas.knie@wzb.eu)

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

In unternehmerischen Neugründungen, die oftmals als Start-ups mit großen Ambitionen unterwegs sind, entstehen auch in Deutschland kreative Ideen. Diese risikofreudigen Firmen, die Wissen und Erkenntnisse in riskanten Designs produzieren und anwenden wollen, entwickeln dies zumeist völlig außerhalb des akademischen Systems. Sie brauchen aber Kapital, Kontakte und politische Unterstützung. Dazu werden sie an die Forschungsförderprogramme des Bundes und der Länder verwiesen, die in aller Regel als Verbundprojekte gemeinsam mit akademischen Instituten arbeiten. Die Forschungseinrichtungen funktionieren hier so, wie sie es eben können: Sie nehmen eine Art Wächterrolle ein. Mittels Peer Review werden die Ergebnisse der Zusammenarbeit bewertet; es wird also geprüft, wie weit eine Abweichung vom herrschenden Stand der Wissenschaft vorliegt. Was zu weit weg ist, bekommt abschlägige Bewertungen bei der Beantragung oder später im Prozess des Forschens und bei der Ergebnispräsentation. Unterstützung für unternehmerische Konzepte mit offenem Ausgang und großem Wagnis gibt es in der wissenschaftlichen Welt nur sehr selten.

Im Verkehrssektor wird unternehmerisches Handeln auch deshalb ausgeschlossen, weil man davon ausgeht, dass der Transport von Personen gar kein profitables Geschäft sein kann – es muss ja dem Gemeinwohl dienen. In den aktuellen Förderprogrammen des Bundes, die Teil der Hightech-Strategie der Bundesregierung

sind, übernehmen daher öffentliche Verkehrsunternehmen die Entwicklung, Erprobung und Einführung neuer Technologien unter der Logik der Daseinsvorsorge. Daseinsvorsorge klingt gut: Der Staat kümmert sich und finanziert große Teile. Im Verkehr bedeutet dies, dass Forschung in eine föderale Struktur eingewoben ist und mit einer Vielzahl von Zweckverbänden und Verkehrsverbänden betrieben wird. Entwickelt und erprobt wird zwar auch, aber ausschließlich in kleinteiligen Formaten, die in ganz unterschiedlicher Weise arbeiten.

### „Die fehlende Perspektive auf hohe Gewinne mindert den Mut, überhaupt Risiken einzugehen“

So entstehen keine großen Stückzahlen, sondern immer nur Prototypen für Einzelfallanwendungen. Im Bereich des Autonomen Fahrens waren dies allein in Deutschland mehr als 100 Projekte, alle mit unterschiedlichen Technologien und Anwendungsszenarien. In der deutschen Förderlandschaft, die unternehmerischen Motiven wenig Raum gibt, kommen keine ausreichenden Losgrößen zustande, es gibt keine Aussichten auf Skalenerträge und daher auch keine echten technischen Durchbrüche. Die fehlende Perspektive auf hohe Gewinne mindert den Mut, überhaupt Risiken einzugehen.

Bei Prototypen und Einzelfertigungen steigen die Kosten. Doch dies ist kein Problem, weil die öffentlichen Mittel ja alles kompensieren. Innovationen entstehen da nicht: Vielmehr betreibt man mit einmal vorhandenen und längst abgeschriebenen Zügen oder Bussen in hergebrachter operativer Logik das Geschäft einfach weiter. Und sollte doch einmal abseits des herrschenden Standes gedacht und gehandelt werden, dann entzieht das akademische System dem Vorhaben die Legitimation. Damit entfällt die öffentliche Förderung. Der öffentliche Verkehr: ein sich selbst stabilisierendes und retardierendes System.

Wenn sich trotz der Daseinsvorsorge und der Überwachungsfunktion der akademischen Forschung doch noch irgendwo ein Durchbruch abzeichnet, dann wird das Neue durch staatli-

che Regulierung verhindert. Die „Verordnung zur Genehmigung und zum Betrieb von Kraftfahrzeugen mit autonomer Fahrfunktion in festgelegten Betriebsbereichen (Autonome-Fahrzeuge-Genehmigungs-und-Betriebs-Verordnung – AFGBV)“ kann eigentlich nur als Regelwerk aus dem Tollhaus beschrieben werden. Alles, was im autonomen Fahrbetrieb auf die öffentliche Straße möchte, muss einen mehrfach höheren Sicherheitsstandard nachweisen als die bestehenden Systeme. Die Philosophie dieser Regel ist ganz einfach: Es darf nichts passieren. Angesichts von mehr als 300.000 Verletzten im konventionellen Straßenverkehr jedes Jahr ist das eine abenteuerliche Forderung. Ihre Wirkung aber stellt sich sofort ein: Es passiert eben auch nichts. Stand Anfang 2026 ist kein Mensch in Deutschland von einem autonomen Fahrzeug verletzt worden. Gut – es gab auch gar keine. Bis auf teilautomatische Prototypen in Einzelfertigung, die es in den Testbetrieb geschafft haben und die tatsächlich völlig unfallfrei gefahren sind.

### „Stand Anfang 2026 ist kein Mensch in Deutschland von einem autonomen Fahrzeug verletzt worden. Gut – es gab auch gar keine“

Man könnte das mit den autonomen Autos auch gelassener sehen. Aber das Thema scheint symptomatisch für Deutschland geworden zu sein. Es wird diskutiert, ob digitale Techniken überhaupt nötig sind und wenn ja wie. Am Ende nutzen wir dennoch alle Systeme wie Google oder Microsoft und hantieren mit den Smartphones – freilich ohne von deren Wertschöpfung zu profitieren.

Für den Verkehr der Zukunft lässt sich feststellen: Nicht die hohen Strompreise oder bürokratische Umweltauflagen sind für die De-Industrialisierung verantwortlich. Nein, unser Innovationssystem lässt paradoxerweise zumindest im Mobilitätssektor keine Innovationen zu. In einer toxischen Kombination von Daseinsvorsorge, Peer-Review-Regimen und ausgesprochener Regulierungslust hat sich Deutschland erfolgreich von neuen Entwicklungen abgeschottet. ●

# Personen

## Gäste



**Daniel Abreu de Azevedo**, University of Brasília, ist bis Juni Gastwissenschaftler des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Beziehung zwischen politischem Raum und Demokratie, mit besonderem Fokus auf Wahlgeografie. Am WZB arbeitet er an vergleichenden Analysen zur sozialen Teilhabe in Lateinamerika.

Dr. **Christian Boulanger** ist bis Dezember 2026 Gast der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten. Er ist Senior Research Fellow am Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die Rechtssoziologie, vergleichende Justizforschung und Verfassungsgerichtsbarkeit.

Dr. **Christian Boulanger** ist bis Dezember 2026 Gast der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten. Er ist Senior Research Fellow am Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die Rechtssoziologie, vergleichende Justizforschung und Verfassungsgerichtsbarkeit.



**Minjin Chae** ist Doktorandin der Soziologie an der Harvard University und bis Juni Gastwissenschaftlerin der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. Sie interessiert sich dafür, wie Arbeitnehmer und Arbeitgeber Entscheidungen über Arbeitsvereinbarungen treffen und wie diese Dynamiken mit Geschlechterverhältnissen und Familienstrukturen zusammenhängen.

Sie interessiert sich dafür, wie Arbeitnehmer und Arbeitgeber Entscheidungen über Arbeitsvereinbarungen treffen und wie diese Dynamiken mit Geschlechterverhältnissen und Familienstrukturen zusammenhängen.

**Marita Freimane** ist Postdoktorandin an der Universität Zürich und bis Dezember Gastwissenschaftlerin der Forschungsgruppe Information, Anreize, Ungleichheit. Die Mikroökonomie forscht im Bereich der Digital- und Medienökonomie. Aktuell arbeitet sie zu Online-Nachrichtenmedien und Online-Toxizität.

**Sasan Hosseinpour** ist seit März 2026 Gastforscher der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der RPTU Kaiserslautern und promoviert zum Thema „Summarische Willkür – Zur Dogmatik und Praxis der Erfolgsaussichtsprüfung im Prozesskostenhilfverfahren“.

Dr. **Gero Meinen** ist bis Dezember Gast der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten. Er war zunächst Richter und dann Abteilungsleiter der Senatsjustizverwaltung Berlin. Sein aktuelles Interesse gilt der Zukunft und Stärkung der Justiz im demokratischen und sozialen Rechtsstaat, gerade auch im Umfeld der Digitalen Transformation.

**Alina Petith**, Doktorandin an der Università di Urbino Carlo Bo (Italien), ist von März bis August Gastwissenschaftlerin der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten. Sie forscht zu geschlechtsspezifischer Gewalt in Asylverfahren aus rechtssoziologischer Perspektive.



**Øyvind Nicolay Wiborg**, Professor am Institut für Soziologie und Humangeografie der University of Oslo, ist bis Juni 2026 erneut Gast der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit.

Seine Forschungsschwerpunkte sind soziale Schichtung, gesundheitliche Ungleichheit, Bildungs- und Berufsmobilität sowie Einkommens- und Vermögensmobilität zwischen und innerhalb von Generationen. Am WZB konzentriert er sich auf die Überschneidung von gesundheitlicher und finanzieller Ungleichheit.

**Zhao Yang** promoviert an der Fudan University (China) und ist Gast der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung. Aktuell forscht Zhao Yang zur Regulierung künstlicher Intelligenz durch die EU, zur globalen Regulierung von KI und zu den Beziehungen zwischen China und der EU.

## Berufungen

Prof. **Lena Hipp** Ph.D., Forschungsprofessorin Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit am WZB, wurde im November vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) als IAB Research Fellow berufen.



Prof. Dr. **Jeanette Hofmann**, Leiterin der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung, wurde für fünf Jahre in den neuen Medienrat des öffentlich-rechtlichen Rundfunks berufen.

## Ehrungen / Preise

**Piotr Paweł Larysz**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Information, Anreize, Ungleichheit, erhielt den Preis für herausragende Lehre vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin für seine Lehrveranstaltung „Introduction to Labor Market Theory“ mit Prof. Natalia Danzer Ph.D.

## Promotionen

Dr. **Carolin Deuffhard** hat ihre Promotion „Reconciling Work and Family in a 24/7 Economy? Gender and Class Inequalities in Trends and Patterns of Paid and Unpaid Work in Germany, the United Kingdom, and France“ an der Humboldt-Universität zu Berlin erfolgreich abgeschlossen. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsprofessur Arbeit, Familie, und soziale Ungleichheit.

Dr. **Cindy Fitzner**, ehemalige Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel, hat an der Freien Universität Berlin ihre Dissertation mit dem Titel „Bildung beginnt zu Hause: Wie das familiäre Umfeld Kinder prägt“ erfolgreich verteidigt.

**Lena Röllicke**, ehemalige Mitarbeiterin und derzeitige Gastwissenschaftlerin der Abteilung Global Governance, hat im Januar 2026 ihre Promotion zum Thema „On Dislike. Exploring the Meaning of Out-group Dislike in Affective Polarization and Democracy“ erfolgreich abgeschlossen.

**Maximilian Weckemann**, ehemaliger Mitarbeiter der Abteilung Global Governance, hat im Februar seine Promotion zum Thema „Acceleration and Resistance. Temporal Mobilisation in Imagined Futures of the Far Right“ erfolgreich abgeschlossen.

## Mitarbeitende

**Ida Büsch** unterstützt ab April 2026 als wissenschaftliche Mitarbeiterin das DFG-geförderte Forschungsprojekt „Crisis Variations and Their Impact on International Organizations Governance Capacities“, das in der Abteilung Global Governance angesiedelt ist.

**Gaia Ghirardi** Ph.D. ist seit Februar wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt und am Einstein Center Population Diversity. Ihre Forschungsschwerpunkte sind soziale Schichtung, Sozioökonomie sowie Bildungs- und Gesundheitsungleichheiten.



Dr. **Halina Nadobnik** ist seit Februar wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion und arbeitet dort im Projekt „Ageism in AI“. In ihrer Arbeit geht es um

Projekte zu Politikgestaltung und Alterungsprozessen.

**Emily Steinhäuser** ist seit März 2026 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten. Sie arbeitet in einem vom BMBFSFJ finanzierten Projekt zum Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Ganztagsbetreuung in Grundschulen und weiteren Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik.

# Veranstaltungen

17. April 2026

**Zivilgesellschaft stärken: Gemeinsam gegen Rechtsextremismus**

**Podiumsveranstaltung**

---

Wie kann zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus wirksamer gefördert werden? Wer übernimmt Verantwortung in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft? Und wie werden Praxiswissen und wissenschaftliche Erkenntnisse besser verknüpft? Vertreter\*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutieren über Wissenstransfer, Bündnisse und politische Rahmenbedingungen für demokratische Resilienz. Die Podiumsveranstaltung ist eine Kooperation des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung (WZB/FU Berlin) in Kooperation mit der Berlin University Alliance (BUA). (Veranstaltungsort: Palais Kulturbrauerei, Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin)

*Veranstalter: Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung (WZB/FU Berlin), Berlin University Alliance (BUA); Informationen bei: Müge Yerdenler/Iryna Mazynska; E-Mail: [zz.office@wzb.eu](mailto:zz.office@wzb.eu)*

May 28–29, 2026

**9th Economics of Media Bias Workshop**

**Workshop**

---

The 9th Economics of Media Bias Workshop will provide a forum to present and discuss research on media bias in news markets, on social media, and on other digital platforms. The programme includes presentations on ideological and political bias, ownership- and advertising-related bias, attention- and platform-driven effects, gender and minority bias, and related phenomena such as disinformation, misinformation, and online toxicity/hate speech. (Venue: Hertie School)

*Organizers: Prof. Arianna Ornaghi Ph.D. (Hertie School); Maja Adena (WZB); Prof. Dr. Ulrich Matter (Bern University); Information: Prof. Dr. Maja Adena, E-mail: [maja.adena@wzb.eu](mailto:maja.adena@wzb.eu)*

June 22–23, 2026

**Berlin Meeting on the Political Economy of Development (MoPED)**

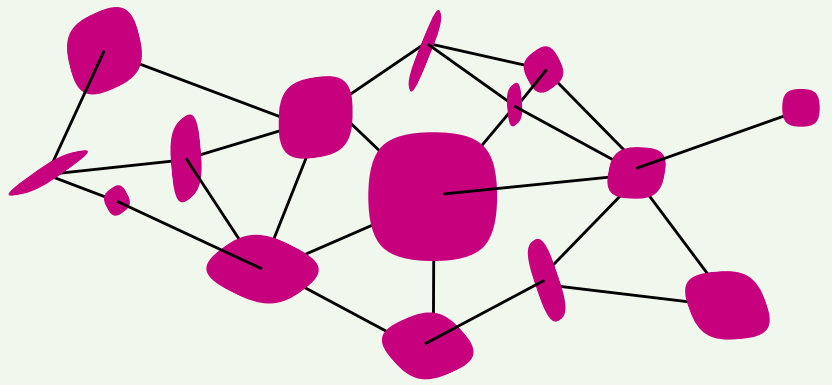
**Workshop**

---

The MoPED workshop provides an opportunity for scholars focusing on the political economy of development, broadly defined, to build community and foster collaboration. The workshop consists of in-depth discussions of eight papers and/or research designs over two days. We particularly welcome works-in-progress that address governance, corruption, misinformation, conflict and violence, intergroup relations, and migration. Organized by the research department Institutions and Political Inequality, the meeting will be held in person at the WZB.

*Organizer: Prof. Dr. Alexandra Scacco, Lisa Garbe Ph.D.; Information: Lisa Garbe Ph.D., E-mail: [lisa.garbe@wzb.eu](mailto:lisa.garbe@wzb.eu)*

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<https://www.wzb.eu/de/veranstaltungen>



7. bis 9. Oktober 2026

## Internationale Ordnung im Umbruch

### 2. Interdisziplinäre WZB-Jahreskonferenz

---

Großmächte wie kleinere Staaten agieren zunehmend jenseits etablierter Regeln, neue Allianzen und Rivalitäten entstehen, Institutionen wie der UN-Sicherheitsrat oder die NATO verlieren an Einfluss. Gleichzeitig fordern Stimmen aus dem Globalen Süden eine neue, gerechtere Ordnung. Was lange als stabile Weltordnung galt – ein Gefüge aus Institutionen, Normen und Machtbeziehungen –, ist heute fragmentiert und umkämpft.

Die 2. Interdisziplinäre WZB-Jahreskonferenz mit dem Titel „Challenges to International Orders: Causes and Consequences“ widmet sich diesen Entwicklungen. Forschende aus allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen diskutieren, wie internationale Ordnungen herausgefordert und neu gestaltet werden und welche Folgen das für Staaten, Gesellschaften und die globale Zusammenarbeit hat.

Forschen Sie zu internationaler Politik? **Dann reichen Sie Ihren unveröffentlichten englischsprachigen Beitrag ein.** Wir suchen Perspektiven auf Ursachen, Dynamiken und Folgen des globalen Umbruchs aus allen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Mögliche Themen sind

Veränderungen in Politikfeldern wie Klima, globale Gesundheit, Migration, Handel, Technologie oder Entwicklungszusammenarbeit und ihre Auswirkungen auf Frieden, Wirtschaft, Umwelt, soziale Solidarität und globale Ungleichheiten. **Die Einreichungsfrist endet am Donnerstag, 23. April 2026.**

Verfolgen Sie Analysen zu internationaler Politik? Dann merken Sie sich jetzt schon **Mittwochabend, den 7. Oktober 2026** vor. Den Auftakt der Konferenz bildet ein **öffentlicher Dialog** zur Rolle internationaler Organisationen, Finanzinstitutionen, Deutschlands und Europas in der sich wandelnden transatlantischen und globalen Ordnung. Es diskutieren Odile Renaud-Basso (Präsidentin der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) und Boris Pistorius (Bundesminister der Verteidigung; angefragt). Uhrzeit, Ort und Anmeldelink werden rechtzeitig bekanntgegeben.

*Veranstalter\*innen: Prof. Dr. h.c. Nicola Fuchs-Schündeln Ph. D., Prof. Dr. Steffen Huck, Prof. Yasemin Soysal Ph. D., Prof. Dr. Michael Zürn; Informationen bei: Katinka von Kovatsits, E-Mail: [conference@wzb.eu](mailto:conference@wzb.eu)*

# Vorgestellt

## Publikationen aus dem WZB

---

### Selbst schuld

**Irene Pañeda-Fernández, Jonne Kamphorst,  
Arnout van de Rijt, Balaraju Battu**

In Demokratien bleibt Einkommensungleichheit oft bestehen, obwohl Reiche zahlenmäßig in der Minderheit sind. Warum unterstützen gerade ärmere Menschen selten Umverteilungsmaßnahmen? Eine verbreitete Erklärung lautet: Viele glauben an Meritokratie – also daran, dass Erfolg vor allem durch eigenes Talent und eigene Leistung entsteht. Solche Überzeugungen festigen dieser Argumentation zufolge nicht nur die Stellung der Eliten, sondern erhöhen in der ganzen Gesellschaft die Akzeptanz von Ungleichheit. Die Studie stellt diese Erklärung infrage. Mithilfe einer Umfrage und eines Experiments, in dem Zufall gegen Wettbewerb ausgespielt wird, zeigen die Autor\*innen: Meritokratische Glaubenssätze können der Grund sein, dass Reiche gegen Umverteilung sind. Dass Arme Ungleichheit akzeptieren, erklären diese Glaubenssätze deshalb noch lange nicht. *Irene Pañeda-Fernández/Jonne Kamphorst/Arnout van de Rijt/Balaraju Battu: „The Relevance of Meritocratic Beliefs for Redistributive Preferences Increases with Income“. In: Social Science Research, 2026, H. 134.*  
DOI: 10.1016/j.ssresearch.2025.103294.

### Soziale Herkunft und Anstrengung

**Jonas Radl, William Foley, Lea Katharina Kröger,  
Patricia Lorente, Alberto Palacios-Abad,  
Heike Solga, Jan Stuhler, Madeline Swarr**

Der Einfluss des Elternhauses auf die Fähigkeiten junger Menschen ist durch zahlreiche Studien belegt. Wie sehr sich die soziale Herkunft auch auf die Bereitschaft von Kindern auswirkt, sich in der Schule anzustrengen, war hingegen kaum untersucht. Ein internationales Team ist dieser Frage im Projekt „Effort and Social In-

equality“ nachgegangen. Das Ergebnis ihrer Studien: Kinder aus Familien mit höherem sozialen Status strengen sich mehr an als Kinder aus weniger privilegierten Familien, vor allem wenn es keine Belohnungen gibt. Mit Anreizen für die Bearbeitung von Aufgaben wird dieser Unterschied aber deutlich kleiner. Für den Schulalltag heißt das: Kleine Belohnungen, spielerisches Lernen und soziale Anerkennung können helfen, Unterschiede im Anstrengungsniveau deutlich zu verringern.

*Jonas Radl/William Foley/Lea Katharina Kröger/Patricia Lorente/Alberto Palacios-Abad/Heike Solga/Jan Stuhler/Madeline Swarr: „The Social Origins of Effort: How Incentives Reduce Socio-economic Disparities among Children“. In: American Sociological Review, 2026.*  
DOI: 10.1177/00031224251401933.

### „No news is bad news“

**Volker Benndorf, Dorothea Kübler,  
Hans-Theo Normann**

Was bringt Menschen dazu, Informationen zu teilen oder aber für sich zu behalten? Man sollte meinen, dass es in den meisten Situationen opportun ist, die Karten auf den Tisch zu legen. Wer das nicht tut, könnte schließlich etwas zu verbergen haben. Nehmen wir eine Autoversicherung, die Kundinnen und Kunden anbietet, ihr Auto via GPS tracken zu lassen: Wer sich hier weigert, gerät schnell in den Verdacht eines riskanten Fahrstils. Doch die Verhaltensökonomie zeigt, dass menschliches Verhalten eben nicht durchgehend rational ist. Über strategische Spiele im Labor versucht die Studie, Beweggründe für den Umgang mit Informationen zu entschlüsseln.

*Volker Benndorf/Dorothea Kübler/Hans-Theo Normann: „Information Unraveling and Limited Depth of Reasoning“. In: Games and Economic Behavior, 2025, H. 154, S. 267–284.*  
DOI: 10.1016/j.geb.2025.09.004.

## Soziale Katalysatoren

Clara van den Berg, Swen Hutter

Rund ein Drittel der Bevölkerung engagierte sich, als in den Jahren 2015/16 mehr als eine Million Menschen, vor allem aus dem Bürgerkriegsland Syrien, in Deutschland Schutz suchten. Die Koalition war breit, sie reichte von spontanen Unterstützungsgruppen über Sport- und andere Freizeitvereine bis zu Kirchengemeinden und Wohlfahrtseinrichtungen. Doch was passierte danach? Wo ließ sich das Engagement auch nach der akuten Phase aufrechterhalten – und wie? Mit qualitativen Interviews und Aktenstudium gingen Clara van den Berg und Swen Hutter von 2020 bis 2022 diesen Fragen nach. Sie stießen auf die zentrale Bedeutung einzelner Personen, die Gelegenheiten für Begegnung und Austausch schafften. Die entstehenden Netzwerke können auch über den konkreten politischen Anlass hinaus Bestand haben – was sich in zwei von vier beobachteten mittelgroßen Städten zeigen lässt.

*Clara van den Berg/Swen Hutter: „How Local Brokers Keep Interaction Going: Pro-Refugee Communities after Heightened Mobilization“.* In: *Mobilization: An International Quarterly*, 2025, Jg. 30, H. 3, S. 235–255.  
DOI: 10.17813/1086-671X-30-3-235.

## Unabhängige Justiz

Dana Burchardt

Eine unabhängige Rechtsprechung schützt gesellschaftliche Interessen und Grundwerte der Verfassung: Sie steht für Gewaltenteilung und prozedurale Gerechtigkeit, mittelbar stärkt sie ökonomische Stabilität, politische Freiheit, die Resilienz der Demokratie. Es steht viel auf dem Spiel, wenn Dana Burchardt die Voraussetzungen dafür diskutiert, dass Richterinnen und Richter Entscheidungen unabhängig von anderen Amtsträger\*innen, involvierten Parteien und Beobachtenden treffen. Der Text bietet eine detaillierte Analyse der Faktoren, die richterliche Unabhängigkeit in der Praxis stärken, und leitet daraus Verpflichtungen für Staaten und ihre Rechtssysteme ab, die das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger behalten wollen.

*Dana Burchardt: „A Behavioural Approach to Judicial Independence“.* In: *Maastricht Journal of European and Comparative Law*, 2025, Jg. 32, H. 5–6, S. 552–579. DOI: 10.1177/1023263X251363881.

## Wie sich autokratische Ideologien verbreiten

Johannes Gerschewski

Autokratische Regime verbreiten ihre Ideologien in der Gesellschaft durch Indoktrination: von frühkindlicher und schulischer Erziehung über Propaganda in den Medien bis zur Unterdrückung abweichender Meinungen. Dieser Prozess ist gut erforscht. Johannes Gerschewski erweitert die Perspektive um wichtige stabilisierende Faktoren: zwischenmenschliche Interaktionen und gesellschaftliche Dynamiken. Ein extremes Beispiel ist Nordkorea, wo die totalitäre Juche-Ideologie zwischen den 1950er- und frühen 1970er-Jahren rasch und tief in die Gesellschaft eindrang. Gerschewski wertete Sekundärquellen und Archivmaterial der ehemaligen DDR in Pjöngjang aus und zeigt, dass eine Spirale des Schweigens, die gezielte Förderung von Einsamkeit und Misstrauen, die Verbreitung von Ideologemen und die Verdichtung sozialer Kontakte die Ideologie strukturell festigten.

*Johannes Gerschewski: „How Does an Ideology Spread? Archival Evidence from an Extreme Case“.* In: *Perspectives on Politics*, 2025, S. 1–18.  
DOI: 10.1017/S1537592725102296.



Die Richterinnen und Richter des Zweiten Senats beim Bundesverfassungsgericht verlassen den Sitzungssaal nach einer Urteilsverkündung.  
Foto: © picture alliance/dpa | Uli Deck, alle Rechte vorbehalten.

# Nachlese

## Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Konferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

### **Bienen und Bonbons**

Dass Kinder aus sozioökonomisch besser gestellten Elternhäusern in der Schule besser abschneiden, ist nicht neu und nicht überraschend. Es liegt schließlich auf der Hand, dass mehr Unterstützung und Anregung durch die Eltern und mehr Mittel für Nachhilfe zu besseren Leistungen führen. Durchaus überraschend aber ist, was Bildungsforscher Jonas Radl durch Experimente in fünften Klassen in Madrid und Berlin herausgefunden hat: Nicht nur im Blick auf Fähigkeiten schneiden privilegierte Kinder besser ab, sondern auch in ihrem Willen, sich anzustrengen. Die Studie schlug richtiggehend ein: Spiegel, Frankfurter Rundschau, Tagesspiegel berichteten, radioeins und Deutschlandfunk interviewten den Forscher. Vielleicht war die Resonanz auch deshalb so groß, weil Radl aus seinen Einsichten konkrete Vorschläge ableitet. Über kleine Belohnungen, seien es Preise oder auch Urkunden, lässt sich diese Ungleichheit im Bildungswesen wirkungsvoll angehen.

### **Frauentag international**

Hier bissen die klassischen Medien weniger an – auf Social Media aber wurde heftig diskutiert. Ökonomin Anne Sophie Lassen ist in einem großen internationalen Team dem Gender Wage Gap auf den Grund gegangen. Umfangreiche Daten zu Einkommen und Arbeitszeit aller Beschäftigten im privaten Sektor in zehn europäischen Ländern und im US-Bundesstaat Washington zeigen: Unterschiede in der Bezahlung von Männern und Frauen lassen sich nicht nur durch unterschiedliche Fähigkeiten oder die Berufswahl erklären. Bis zu 30 Prozent des Gender Wage Gap ist auf Entscheidungen der Unternehmen zurückzuführen. Der traurige Rekordwert von 30 Prozent gilt für Deutschland, wo firmenspezifische Lohneffekte eine besonders große

Rolle spielen; in Frankreich, Dänemark oder Schweden sind es unter 20 Prozent. Spitzenreiter ist Deutschland auch in anderer Hinsicht: Nirgends sonst beeinträchtigt die Geburt eines Kindes die Karriere von Frauen so stark. Die Pressemitteilung war ein ernüchternder Beitrag des WZB zum Frauentag am 8. März.

### **Frauentag lokal**

Konstruktiver war, wozu die Gleichstellungsbeauftragte Katarina Pollner für den 9. März einlud. Die internationale Initiative „Enough!“ rief zum globalen Frauen\*streik auf. Frauen sollten „sich Zeit nehmen und Raum schaffen, um zu ruhen, laut zu werden, über Chancengleichheit und Machtstrukturen nachzudenken und sich darüber auszutauschen“. Am WZB öffnete eine Online-Lounge für zwei nachmittägliche Stunden die virtuellen Tore: ein Teams-Meeting mit Filmen und Gesprächen.

### **Digitale Selbstbestimmung**

Im re:publicast, dem Podcast der Digitalkonferenz re:publica, diskutiert Internetforscherin Julia Pohle mit dem Host Markus Beckedahl die allgegenwärtigen Forderungen nach digitaler Souveränität. Pohle warnt davor, der Rhetorik von Unternehmen auf den Leim zu gehen, die mit Versprechungen der lokalen Datenspeicherung oder der Einhaltung von EU-Regeln verschleiern, dass eine Abhängigkeit von markt-dominanten Dienstleistern, meist aus den USA, bestehen bleibt. Ein Argument klingt wie in militärpolitischen Diskursen: Trump tue der digitalen Gesellschaft insofern einen Gefallen, als er zeigt, wo die Risiken einer zu großen Abhängigkeit liegen. Erwachsenwerden, auch hier. Pohle plädiert eindringlich dafür, technologische Alternativen zu entwickeln. Klar ist der Umstieg von vertrauten Umgebungen auf neue Systeme mit Unbequemlichkeiten verbunden.

Dass die zu bewältigen sind, belegt aber übrigens auch der Systemwechsel, den das WZB mit all seinen IT-Anwendungen gerade durchläuft. Es ist zu schaffen – das macht durchaus Mut für weitere Umbrüche.

### Vorlese

Dazu haben fast alle was zu sagen: Das Thema der WZB-Mitteilungen im Juni heißt „Generationen“. Wir freuen uns auf Längsschnittstudien und Gerechtigkeitsfragen, auf Erkenntnisse aus der Bildungsforschung, aus der Ökonomie, zu Demokratie, Gesundheit, Sprache.

### Zukunft für die Forschung I

Perspektiven für Wissenschaft und Forschung in der Metropolregion Berlin-Brandenburg waren Thema beim Zweiten Europapolitischen Stammtisch in Brüssel, bei dem die beiden Bundesländer auf die Jahre 2028 bis 2034 blickten, den Zeitrahmen des nächsten EU-Haushalts. 70 Gäste aus den EU-Institutionen und dem EU-Umfeld und aus Regional- und Kommunalbüros trafen sich im Brüsseler Büro des Landes Berlin. Als Gastrednerin hob WZB-Präsidentin Nicola Fuchs-Schündeln die wichtige Rolle der Sozial- und Geisteswissenschaften hervor, und zwar in Bereichen, in denen man nicht sofort an sie denkt. In ihrem LinkedIn-Post konkretisiert sie: „Bei der KI geht es auch um Weiterbildung im Arbeitsmarkt und Umgang mit Desinformation, bei der Dekarbonisierung müssen wir Verteilungsaspekte im Blick behalten, im Gesundheitsbereich geht es nicht nur um medizinische Forschung, sondern auch um Zugang zu Gesundheit sowie die Motivation zur Prävention. Die Sozial- und Geisteswissenschaften sind in all diesen Bereichen kein Beiwerk, sondern unverzichtbar.“

### Zukunft für die Forschung II

Bis 2033 steht schon mal eine großartige und verlässliche Perspektive: Die Berlin University Alliance wird im Rahmen der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern weitere sieben Jahre gefördert. Der Verbund, in dem die drei Berliner Universitäten und die Charité den Wissenschafts- und Innovationsstandort Berlin weiterentwickeln, ist der erste seiner Art und internationales Vorbild. Das WZB ist den Berliner Universitäten eng verbunden und außerdem Mitglied im Schwesterverband Berlin Research 50, der die außeruniversitären Einrichtungen umfasst. In doppelter Partnerschaft gratulieren wir herzlich!

# Impressum

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 191, März 2026

### Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung  
Professorin Dr. h. c. Nicola Fuchs-Schündeln Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin  
Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 16 84  
Internet: [www.wzb.eu](http://www.wzb.eu)

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich.

### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann, Gabriele Kammerer

### Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Kathrin Kliss

### Redaktionsassistentz

Lisa Heinig

### Übersetzung

Gabriele Kammerer (S. 19-22, 33-35)

### Bildredaktion

Gesine Born und Joy Kröger, [www.bilderinstitut.de](http://www.bilderinstitut.de)

### Grafiken

[www.muskat.design](http://www.muskat.design)

### Auflage

6.600

Foto S. 3: © WZB/David Ausserhofer,  
alle Rechte vorbehalten.

### Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

### Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

### Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs.1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: <https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.

### Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repositorium EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert ([www.econstor.eu](http://www.econstor.eu)). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor\*innen. Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung: (CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor\*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.



# Zu guter Letzt:

## „Mach du mal den Himmel“ Puzzeln als Team- sport

*Stefanie Kalleske und Christine Puschmann*

**E**nde März wird es ernst: Im schwäbischen Pforzheim findet die deutsche Meisterschaft im Speed Puzzeln statt. Hier zählen Schnelligkeit, Überblick, Strategie. Kein Wunder eigentlich, dass auch das WZB vertreten ist (wenn auch ohne WZB-Trikot). Stefanie Kalleske und Christine Puschmann berichten über ihr besonderes Hobby. Ein Protokoll von Gabriele Kammerer.

**Stefanie Kalleske:** Die World Jigsaw Puzzle Championships wurden 2019 von einem Spanier ins Leben gerufen und finden seitdem einmal im Jahr in Spanien statt. Dort kommen Leute aus der ganzen Welt zusammen. Am Anfang waren das drei Tage. Mittlerweile ist es ein Riesen-Event, eine ganze Woche, mit Vorrunden und allem. Es gibt Einzelteams, wo man alleine 500 Teile-Puzzle puzzeln muss, dann als Zweierteam 500 Teile, und es gibt Viererteams, die 1.000 Teile puzzeln. Seit dem letzten Jahr gibt es eine deutsche Meisterschaft, veranstaltet vom Deutschen Puzzleverein. Man muss also nicht bis nach Spanien fahren. Darauf hatte ich Lust und habe jemanden fürs Team gesucht. Da ich wusste, dass Christine gerne puzzelt, habe ich sie gefragt.

**Christine Puschmann:** Ich habe sofort gesagt: Ja klar, mach ich. Um bald zu merken: Ups, ich glaube, ich muss ein bisschen trainieren ... Ganz am Anfang macht man noch viele Fortschritte, man wird schneller. Das Ziel ist, 500 Teile in 90

Minuten zu schaffen. Die Profis brauchen, je nach Motiv, zwischen 25 und 35 Minuten. Als ich meine ersten Puzzles gemacht habe, habe ich ungefähr zwei Stunden gebraucht. Und dann robbt man sich so ran. Ich habe festgestellt, dass man durchaus schneller wird, dann jedoch relativ lange auf einer Zeitspanne hängenbleibt. Und dann heißt es: üben, üben, üben – bis man irgendwann einen Sprung macht und wieder ein paar Minuten schneller ist.

**Kalleske:** Wir üben viel einzeln, aber zwischendurch treffen wir uns und machen zu zweit ein Puzzle, weil wir ja im Team antreten wollen. Das ist noch mal anders, macht aber auch Spaß. Jede hat ihre Motive, die sie gut kann. Im Team weiß man, wo die Stärken und Schwächen sind und kann sagen: Mach du mal den Himmel, oder den Rand.

**Puschmann:** Die größte Herausforderung ist die Taktik. Wie fange ich an und was lasse ich besser erstmal liegen? Hinterher weiß ich es besser und sage mir: Hätte ich doch mit dem Hausdach angefangen und nicht mit der roten Tür. Das ist je nach Motiv anders. Wenn der Rand zum Beispiel einfarbig ist, brauche ich dafür zu lange. Also mache ich den vielleicht erst zum Schluss. Man muss rasch entscheiden: Jetzt höre ich auf mit dieser blöden Tür, weil die doch schwerer ist als gedacht. Dann ist es besser, sich nicht zu verbeißen.

**Kalleske:** Himmel kann ich sehr gut puzzeln. Farbverläufe im Allgemeinen gehen immer sehr schnell. Was ich zum Beispiel nicht gut kann, sind Bäume oder Gebüsch. Ich schaue immer nach den Farben oder Mustern und nach der Form. Die Frage ist aber: Was mache ich primär? Bin ich jetzt bei dem grünen Baum oder bei dem blauen Himmel? Brauche ich ein größeres Teil oder ein kleineres?

**Puschmann:** Was ich gar nicht mag, sind Stellen mit ein und derselben Farbe, zum Beispiel nur Schwarz oder nur genau dasselbe Blau. Da quäle ich mich jedes Mal, weil man dann eigentlich nur stumpf durchprobiert. Am Anfang dachte ich, ich könnte am besten Wimmelbilder, also weniger Fläche, sondern eher kleinteilig. Das hat sich inzwischen relativiert, vor allem beim gemeinsamen Puzzeln. Es ist nämlich gar nicht einfach, wenn du sehr viele kleine Elemente hast. Wenn ich die Wiese habe und Steffi den Himmel, können wir die Teile gut sortieren. Wenn es aber viele kleine Elemente gibt, haben wir einen großen Haufen und beide suchen. Dann ist die Herausforderung, sich zu koordinieren und schnell den richtigen Ort zu finden. Das wird interessant im Viererteam, wie man

sich dabei nicht in die Quere kommt. Das haben wir noch nie gemacht, wir wollen das jetzt mal ausprobieren.

**Kalleske:** Das Einzige, was alle gleich machen: Am Anfang werden alle Teile umgedreht. Das sind etwa die ersten drei Minuten. Die Meisten sortieren dabei auch die Randteile aus. Dann sortieren manche ein bisschen mehr, andere legen sofort los. Die unterschiedlichen Strategien kann man sehr gut in den Videos des Livestreams sehen. Selbst die ganz Schnellen machen das wirklich unterschiedlich. Bei den einen sieht es aus wie bei Hempels unterm Sofa. Da denkst du: Hey, das soll ein Puzzle werden? Zehn Minuten später ist es fertig. Die anderen gehen ganz systematisch blockweise vor. Es gibt viele Wege, und jeder muss rausfinden, was für einen selbst funktioniert.

**Puschmann:** Was ich so reizvoll finde, ist, dass jedes Motiv anders ist. Warum sollte ich 100 Meter laufen? 100 Meter sind irgendwie immer 100 Meter. Beim Puzzeln ist jedes Motiv anders und jedes Mal eine andere Herausforderung.

**Kalleske:** Die Meisterschaft findet in einer großen Halle statt, es sieht ein bisschen aus wie bei der Abiturprüfung. Sie wird auf YouTube übertragen, doch es können auch Familienmitglieder oder Freunde zuschauen. Bei den Deutschen Meisterschaften 2025 gab es eine Tribüne. Das kann auch anstrengend sein. Man hört ja, wenn die Leute reden, und eigentlich willst du dich auf dein Puzzle konzentrieren. Deshalb tragen die meisten Kopfhörer. Man braucht viel Konzentration und Durchhaltevermögen. Vierterteams puzzeln dreieinhalb Stunden. Es ist schwer, da nicht abzusacken. Und da wird tatsächlich durchgezogen, ohne Kaffeepause. Und dann wird schon gejubelt an einem anderen Tisch, und du denkst: Oh Gott, die sind schon fertig, wie haben die das gemacht? Aber man kennt die Stars. Ein bisschen wie im Sport, wenn man schon weiß: Ach, Kathi [Katharina Reiner, Deutsche Speed-Puzzle-Meisterin, Anm. d. Red.] hat 40 Minuten gebraucht – dann darf ich zwei Stunden brauchen.

**Puschmann:** Puzzeln macht einfach Spaß. Die Herausforderung ist immer wieder zu gucken: Wie schnell kann ich das schaffen? Man kann wirklich besser werden, wenn man übt. Und wenn man zusammen puzzelt, ist das sehr lustig. Manchmal ist man im Flow und es geht zack, zack, zack, zack. Da wird schon irgendwas im Hirn ausgeschüttet. Das macht echt Spaß,



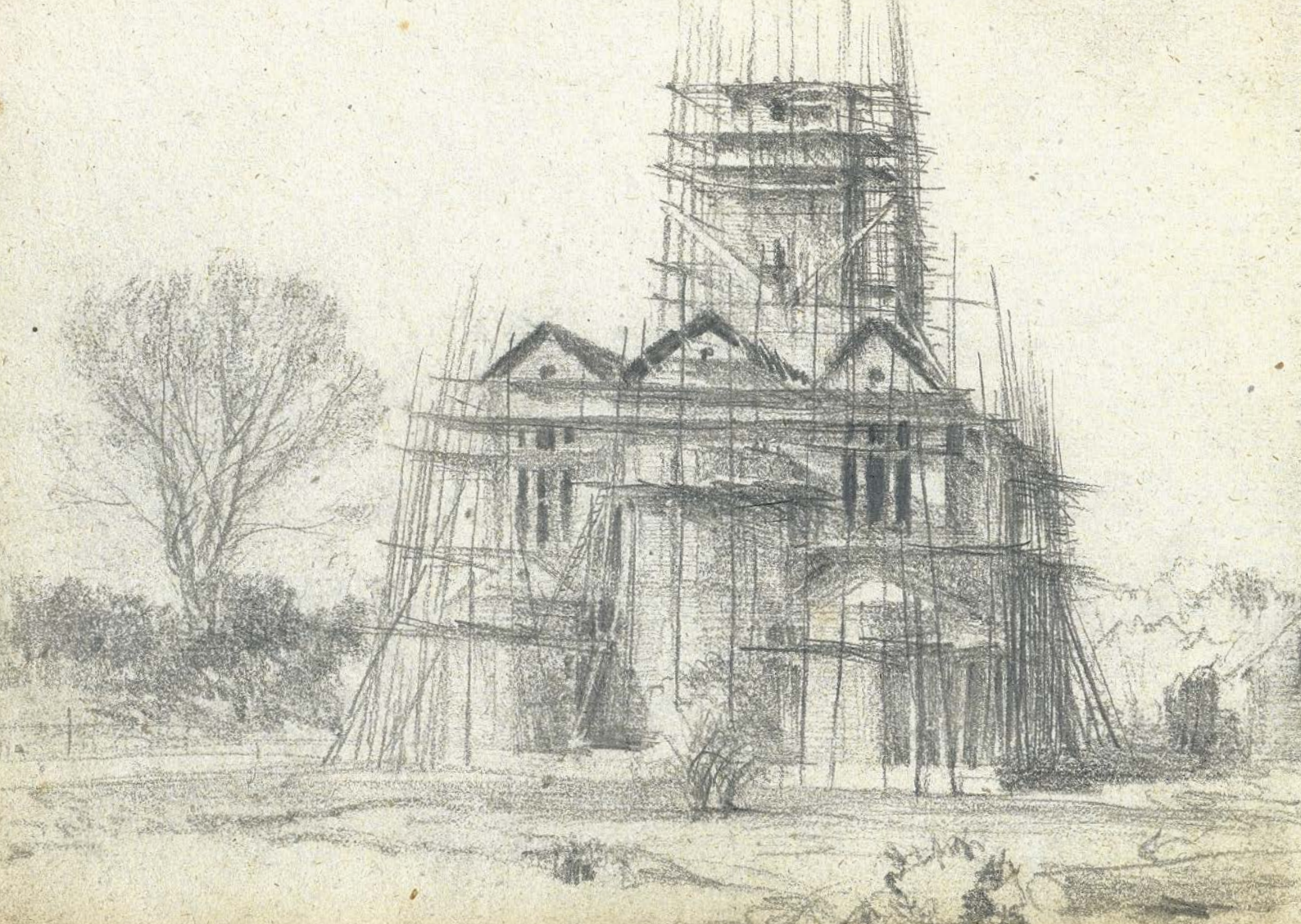
**Stefanie Kalleske** (rechts im Bild) ist Mitarbeiterin in der IT am WZB. [stefanie.kalleske@wzb.eu](mailto:stefanie.kalleske@wzb.eu)  
**Christine Puschmann** ist Referentin im Bereich der Administrativen Geschäftsführung. [christine.puschmann@wzb.eu](mailto:christine.puschmann@wzb.eu)

Fotos: © WZB/Jan Flickschu, alle Rechte vorbehalten.

wenn es so flutscht. Und es lenkt komplett von allem ab, weil der Fokus woanders liegt als bei den Alltagsdingen. Ich habe ein paarmal gepuzzelt, als ich nicht besonders gut gelaunt war. Als das Puzzle fertig war, war die Welt irgendwie schöner und mir ging es gut. ●

Streams sind auf dem YouTube-Kanal des Puzzlevereins Deutschland zu finden: [https://www.youtube.com/@puzzleverein\\_de/streams](https://www.youtube.com/@puzzleverein_de/streams) Und noch mehr unter: [www.worldjigsawpuzzle.org](http://www.worldjigsawpuzzle.org).





Heute wird wieder gebaut auf dem Kulturforum. Das Museum Berlin modern entsteht – direkt in unserer Nachbarschaft und noch direkter neben der St. Matthäus-Kirche. Deren Bauzeit liegt stolze 180 Jahre zurück. Aber dank Adolph von Menzel – und dank dem Kupferstichkabinett – können wir uns ein gutes Bild davon machen, wie das damals aussah.

Das kommt:  
„Genera-  
tionen“  
2|26

Als sie 1846 nach Plänen von Friedrich August Stüler im Stil der oberitalienischen Romantik fertiggestellt wurde, stand die Kirche vor den Toren der Stadt, inmitten von Wiesen und Feldern. Bald aber entstand um sie herum großbürgerliche Bebauung – höhere Beamte, Unternehmer\*innen, Künstler\*innen und Wissenschaftler\*innen ließen sich nieder. Auch das Reichsversicherungsamt erhielt hier seinen Sitz, unser heutiges WZB. Viele Häuser des Viertels fielen der Stadtplanung der Nationalsozialisten zum Opfer, der Zweite Weltkrieg tat sein Übriges. Die Kirche brannte im April 1945 unter russischem Artilleriebeschuss aus und blieb über zehn Jahre Ruine, bis sie unter Jürgen Emmerich wieder aufgebaut wurde – innen modern, außen ganz die Alte.

Das Kulturforum verbindet heute mit seinen Einrichtungen Kunst, Musik, Forschung, Wissen, Religion und Architektur. 1999 wurde die Kirche an die Stiftung St. Matthäus übergeben, die den Dialog zwischen Kirche und Kunst fördert – und am 17. Mai, exakt 180 Jahre nach der Einweihung, zum Jubiläum einlädt. Um 15 Uhr beginnt ein Vortrag des Stadtführers und Tiergarten-Experten Alexander Darda über die Menschen und das Umfeld der Entstehungszeit. Beim Festgottesdienst um 18 Uhr halten Kultursenatorin Sarah Wedl-Wilson und Generalsuperintendentin Julia Helmke eine Dialog-Kanzelrede.